

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanschlüsse: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 411. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 3 Pf. — Anzeigerpreis: die 7spaltige Zeile 15 Pf., 5spaltige 12 Pf., 3spaltige 8 Pf., 2spaltige 6 Pf., 1spaltige 4 Pf. im Voraus zu zahlen. — Bei Abnahme von 100 Exemplaren 10% Rabatt. — Einmaliger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 18.

Magdeburg, Donnerstag den 22. Januar 1914.

25. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“.

## Selbstmord der Nordpreußen.

Ein Redner des Preußenbundes, der General v. Kracht, ist am Sonntag mit russischem Hurra gegen die Bayern losgestürzt und hat sie der Feigheit bezichtigt. Daraufhin haben die bayerische Regierung und der bayerische Landtag — hier die Merkmalen und Liberalen — das Wort ergriffen und die bayerischen Truppen in Schutz genommen, und zwar in recht scharfen und deutlichen Erklärungen. Diese haben nun wieder den preussischen Kriegsminister auf die Beine gebracht; er hat den Volsapf von Kracht nach dem Sachverhalt gefragt. Der Volsapf hat antwortet in einem langen Rechtfertigungsschreiben, das die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ziert. In dieser schlußfertigen, in einem erbarmungswürdigen Deutsch geschriebenen „Rechtfertigung“ bestreitet Kracht flottweg, etwas gegen die Bayern gesagt zu haben. Im Gegenteil, er ist voll der Bewunderung und Verehrung für die bayerische Armee.

Woher kommt denn da die Meldung vom Gegenteil? Ganz natürlich, die Berichterstattung hat schuld. Sie hat dem Diplomaten v. Kracht den Sinn seiner Worte anders gedeutet. Nun ist er nicht mehr über die Bayern, sondern über die feigen Berichterstatter „im höchsten Grad empört“.

Es ist notwendig, die Empörung des Urpreußen von Kracht, der als junger Oberleutnant den Feldzug von 1870 mitgemacht hat, noch zu steigern. Wir lassen daher den stenographisch fixierten Wortlaut seiner Rede nach der Uebersetzung des Berliner Hg.-Korrespondenzbureaus hier folgen. Der pensionierte General v. Kracht räusperte sich und schwärzte also:

Ich war Kompanieführer im Regiment Hamburg, das mit dem Regiment Bremen eine Brigade unter dem Oberbefehl des Großherzogs von Mecklenburg bildete. Es war in der Schlacht von Orléans; bayerische Truppen gingen gegen die Franzosen vor. Die ganze bayerische Artillerie, etwa 100 Geschütze, war in starkem Feuer gegen die Franzosen begriffen. Plötzlich sah ich, wie die bayerische Infanterie vor dem französischen Feuer auf ihre eigenen Geschütze zurückflutete und schließlich hinter einer Kirchhofsmauer Deckung suchte. Das französische Feuer war so stark, daß, wenn jemand den Kopf über die Mauer erhob, er... (der Redner macht eine bezeichnende Bewegung). Unsere Brigade wurde aus einer rückwärtsliegenden Stellung herangezogen. Wir konnten aber nicht sofort eingreifen, weil vor uns ein Gefecht stattfand. Als die Bahn für uns frei geworden war, ließ der Großherzog von Mecklenburg die Fahnen entrollen, und mit einem kolossalen Hurra gingen wir auf die Franzosen los und haben sie auch glücklich gewonnen. Vor etwa 2 bis 3 Jahren war ich auf einem Kolonialtag in Worms, und wir Teilnehmer machten von dort aus einen Ausflug nach Neustadt an der Hardt. Ich trug mein Eisernes Kreuz (das der Redner auch während der Sitzung trug) und kam neben einen Herrn zu sitzen, der ebenfalls das Eiserne Kreuz hatte. Wir kamen ins Gespräch und er fragte mich: „Wo haben Sie denn das Eiserne Kreuz her?“ Darauf antwortete ich: „Sagen Sie mir doch mal erst, wo Sie Ihr Eisernes Kreuz her haben?“ (Heiterkeit.) Darauf erzählte er mir, daß er Leutnant bei jenem bayerischen Truppenteil gewesen sei, der damals hinter der Kirchhofsmauer habe Deckung suchen müssen. Er schilderte: „Auf einmal, während die bayerischen Truppen in jener unangenehmen Situation waren, haben wir ein kolossales Hurra gehört und gesehen, wie die Preußen in einem kolossalen Angriff gegen die Franzosen losstürmten und sie warfen, so daß dann auch die bayerischen Truppen vorgehen konnten.“ Ich sagte: „Herr, da war ich ja auch dabei.“

Inzwischen war die Redezeit des Generals v. Kracht abgelaufen und der Vorsitzende der Preußenbundtagung macht General v. Kracht darauf aufmerksam.

General v. Kracht: Ich wollte nur dieses Erlebnis erzählen. Wenn wir kommen, dann kriegen sie alle Courage. (Heiterkeit und Beifall.)

So räusperte sich der General v. Kracht, so spuckte er und nicht anders. Selbst die „Kreuzzeitung“ muß den letzten überhebenden Satz, der in Bayern am meisten verächtlich hat, in ihrem Bericht wiedergeben. Der tapfere General bestreitet denn auch nicht ausdrücklich, diese Worte gebraucht zu haben; er umgeht vielmehr in seinem Schreiben diese entscheidende Stelle mit vielstimmigem Schweigen, sucht also schlennigst „Deckung hinter der Kirchhofsmauer“. Mag die Situation vor Orléans zu jener Stunde wie immer gewesen sein — ein jeder sieht anders im Schlachtgetümmel —

heute dürfte die Umkehrung selbst bei Urpreußen gelten: wenn die Bayern kommen, verlieren wir die Courage!

Es ist übrigens einigermaßen auffällig, daß der preussische Kriegsminister zwar den General v. Kracht wegen seiner Gerabsehung der Bayern zu einer Aeußerung veranlaßt hat, daß man aber nichts von einem gleichen Vorgehen gegen den Generalleutnant v. Brochem hört, der den Reichstag beschimpfte. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ braucht anderthalb Spalten ihrer neuesten Nummer, um der bayerischen Armee, soweit dies nach Lage der Dinge möglich ist, Genugtuung zu geben, sie hat kein einziges Wort, um der Beschimpfung des Reichstags durch den Preußenbund entgegenzutreten.

So macht sich der herrschende Geist des Militarismus auch in dieser Angelegenheit deutlich bemerkbar. Die Armee wird geschützt, auch wenn es sich bloß um Bayern handelt. Im Parlament darf sich jeder General die Keilspitze abwickeln, das geht den Kriegsminister, den Reichskanzler und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nicht das allermindeste an.

Anderer Meinung ist freilich die nationalliberale „Nationalzeitung“. Sie erinnert daran, daß im vorigen Jahre der Justizminister selbst die Genehmigung zur Strafverfolgung eines „Vorwärts“-Redakteurs vom Dreiklassenhaus nachsuchte und erhielt. Sie fragt jetzt, ob die preussische Regierung gegen den General v. Brochem in ähnlicher Weise vorgehen gedenke. Auf die Antwort darf man gespannt sein. Denn ganz gleichgültig, ob der Reichstag Lust hat, den beschimpfenden General vor den Kadl zu ziehen oder ob er vorzieht, ihn laufen zu lassen, ist der Staatsanwalt verpflichtet, die Genehmigung zur Strafverfolgung nachzusuchen. Sozialdemokratische Redakteure sind vor dem Gesetz genau soviel und sowenig wie konservative Generale, und der Reichstag ist durch das Gesetz ebenso geschützt wie die fragwürdige Volksvertretung des preussischen Dreiklassenstaats. Was tun? Die „objektivste Behörde der Welt“ ist durch die vorlaute Anfrage des nationalliberalen Blattes in eine höchst peinliche Situation veretzt.

Die „Kreuzzeitung“ ist übrigens vorübergehend sehr kleinlaut geworden. Sie veröffentlicht einen Artikel, dessen Inhalt sich in den Satz zusammenfassen ließe: Erstens war es nicht so arg, und zweitens haben wir nichts damit zu tun. Entschuldigend weist sie darauf hin, daß es sich ja nur um die erste Mitgliederversammlung des Preußenbundes gehandelt habe:

Die Organisation hat noch nicht die ihrem ideellen Gehalt durch und durch entsprechende persönliche Zusammensetzung finden können. Erst im Laufe der Zeit kann sich herausstellen, welche Elemente etwa nicht in den Rahmen der Bewegung fallen. ... Deshalb ist es unbedeutend, einzelne, etwa anstößige Aeußerungen dem ganzen Bunde zur Last zu legen.

Man beginnt also damit, einige hinauszuschmeißen. Wie viele von dem angeblich 200 Leuten, die dem ersten Preußenstag beiwohnten, werden dann wohl noch übrigbleiben?

Lustig ist, daß die „Kreuzzeitung“, die den ersten Aufruf zur Veranstaltung dieser grotesken Fehlgelburt veröffentlichte, jetzt die Mutterhaft beharrlich ableugnet und das Kind durchaus in eine nationalliberale Wiege legen will:

In Wahrheit ist der „Preußenbund“ nicht konservativen Ursprungs. Sein geistiger Vater, Handelskammerpräsident Dr. Rodde, ist unseres Wissens nicht konservativ, sondern nationalliberal.

Rodde, der Preußenvater, war nationalliberal bis 1909. Damals hielt er aber im Zentralverband deutscher Industrieller eine Rede, in der er geradeheraus sagte, die nationalliberale Partei habe für die Großindustrie zu arbeiten, denn sie werde von ihr bezahlt. Dieses Geständnis eines Nationalliberalen erregte damals so ungeheures Aufsehen und die nationalliberale Partei war dadurch dermaßen kompromittiert, daß Rodde gebeten wurde, die Partei zu verlassen. Ob der bei der jungliberalen Vordertür hinauskomplimentierte Ueberstärkter Rodde inzwischen durch das allliberale Hintertürchen wieder in die Partei eingetreten ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Auf keinen Fall soll bestritten werden, daß überaus zahlreiche Nationalliberale durchaus würdig sind, zu Ehrenmitgliedern des Preußenbundes ernannt zu werden.

Leider freilich scheint der Preußenbund nach der grenzenlosen Blamage seiner ersten Tagung auseinanderzuklaffen. Ein wahrhaft schmerzlicher Verlust für die Sozialdemokratie, die dieses prachtvolle politische Aufklärungsmittel ungenutzt vermisst. Hoffentlich finden sie sich wieder zusammen: die echten Preußen, die wir — ehren und lieben sollen! —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 21. Januar 1914.

### Jagows Sieg über Bethmann.

Wie der „Roland von Berlin“ zu berichten weiß, ist der Polizeipräsident v. Jagow im Kreise seiner Genießungsgenossen jetzt ein vielgefeierter Mann. Der Kronprinz hat jüngst zu seinen Ehren ein Diner gegeben. Auf einstimmigen Wunsch der Teilnehmer wurde er auch zum Festmahl der kommandierenden Generale geladen, und als er am selben Abend beim Liebesmahl eines Berliner Garderegiments erschien, wurde er von den Leutnants auf den Tisch gehoben und mit dreimaligem Hurra gefeiert.

Das Militär hat die Befehle überschritten, sagt Bethmann. Da werden die Offiziere freigesprochen und Reuter kriegt einen Orden.

Das Verhalten des Polizeipräsidenten bedarf der Korrektur, läßt Bethmann die „Norddeutsche“ schreiben. Da wird der Polizeipräsident von Offizieren auf die Schultern gehoben und angehocht.

Jagow auf dem Tisch, Bethmann unter dem Tisch! —

### Das Konkurrenzklauselgesetz.

In der Sitzung der Reichstagskommission vom 20. Januar wurde die zweite Lesung begonnen und zu Ende geführt. Die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien hatten sich vorher auf einen gemeinsamen Kompromißantrag geeinigt, nur der nationalliberale Abgeordnete Stöbe war nicht bei der Partie, weil ihm als unentwegtem Bannerträger des Unternehmerinteresses auch der zweite Regierungsentwurf viel zu weit geht. Für die Beschlüsse der ersten Kommissionslesung stimmten daher lediglich die sozialdemokratischen Abgeordneten.

Der Kompromißantrag der bürgerlichen Kommissionsmitglieder akzeptiert den zweiten nach der ersten Kommissionslesung eingegangenen Regierungsentwurf mit folgenden Ausnahmen:

1. Das Wettbewerbsverbot ist unzulässig, wenn die dem Handlungsgehilfen zuzurechnenden jährlichen Leistungen den Betrag von 1800 Mark nicht übersteigen (der Regierungsentwurf sieht 1500 Mark vor).
2. In der Frage des Anspruchs auf Erfüllung eines vereinbarten Wettbewerbsverbot ist das alte Recht wiederhergestellt; danach kann die Erfüllung nicht gefordert werden, wenn eine Vertragsstrafe vereinbart ist.
3. Der Entschädigungsbetrag muß für jedes Jahr des Verbots mindestens die Hälfte der Gehaltsbezüge betragen (der Regierungsentwurf sieht  $\frac{1}{3}$  vor).

Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder versuchten, das sogenannte Sommerkompromiß der Parteien zu retten; aber auch diese Anträge (2000 Mark Gehaltsgrenze und Schadenersatz für die sogenannte heimliche Konkurrenzklausel) wurden von den bürgerlichen Abgeordneten zu Falle gebracht. Erst danach stimmten unsere Fraktionsvertreter in der Abstimmung für die 1800-Mark-Verbotsgrenze.

Die Regierungsvertreter, die im Augenblick keine offizielle Erklärung abzugeben vermochten, bemühten sich, zu unterstreichen, daß diese Änderungen das Zustandekommen des Gesetzes „aufs äußerste“ gefährden.

Dieser Ausgang der Kommissionsberatung bestätigt, daß für die Handlungsgehilfen Besseres noch zu erreichen gewesen wäre, wenn die großen „Strategen“ des Angestellten-Ausschusses der Gesellschaft für soziale Reform — das sind die bürgerlichen Handlungsgehilfen-Verbände — nicht schon im voraus die Angestellten-Interessen preisgegeben hätten. —

### Der kaltgestellte preussische General.

Die starke Bewegung in der innern Politik hat in der letzten Zeit auswärtige Fragen stark in den Hintergrund treten lassen. Man kommt aber doch nicht darum herum, sich mit dem General Liman von Sanders zu beschäftigen, dem Chef der deutschen Militärmission in der Türkei, über dessen Schicksal seltsame Dinge gemeldet werden.

Dieser deutsche Offizier war zum Kommandanten des in Konstantinopel garnisonierenden türkischen Armeekorps ernannt worden unter dem heftigen Widerspruch Russlands, das schon den Schlüssel zum Schwarzen Meer in der Hand der deutschen Regierung zu sehen glaubte. Der von den Ententemächten unterstützte Protest ist nun sichtlich nicht ohne Wirkung geblieben. Zunächst wurde gemeldet, daß General Liman von Sanders vom Sultan zum Marschall und Generalinspektor der gesamten Armee ernannt worden sei. Das würde nach türkischen Verhältnissen bedeuten, daß man den unbedeutenden General

einfach über den Balken verschwinden läßt. Er kriegt einen kolossalen Titel und eine großartige Uniform und hat weiter nichts zu sagen.

So wurde die überragend schnelle „Beförderung“ des deutschen Generals auch in Deutschland allgemein aufgefaßt, man sah in ihr weiter nichts als eine Entsendung aus dem Kommando des ersten Armeekorps. Jetzt aber will eine Konstantinopler Meldung wissen, daß auch die Nachricht von Simans Beförderung zum Generalinspekteur unrichtig sei, Siman sei vielmehr von jetzt an nichts weiter als „Chef der deutschen Militärmission“.

Die nationale Presse benutzt die Gelegenheit, teils auf die türkische Regierung, teils auf das deutsche Auswärtige Amt zu schimpfen. Enver-Bey, der Nationalheld, hat infolge seines neuesten Streiches die ganze Sympathie verloren, die ihm die deutsche bürgerliche Presse bisher in überschwenglicher Weise entgegenbrachte. So schreibt jetzt die „Kreuzzeitung“:

Bisher hat jenes Jungtürkentum von dem Schlage Enver-Paschas, das sogar vor Neuchâtel nicht zurückschreckt, sich in fährlicher Stelle stets nur kurze Zeit behaupten können, da ihm seine brutale Mühseligkeit bald Feinde schafft. . . . Man kann es daher nur begrüßen, daß General von Siman der Stellung als kommandierender General enthoben worden ist, übrigens mit seinem eignen Einverständnis. Bei den ehrgeizigen Plänen Envers kann man nicht wissen, zu welchem Zweck er das in der Hauptstadt garnisonierende Korps vielleicht einmal verwenden wird.

Zabern ist also selbst für die „Kreuzzeitung“ kein Exportartikel. Andre Blätter wenden ihren ganzen Groll gegen die deutsche Diplomatie, die sich „wieder einmal in ihrer ganzen Unfähigkeit gezeigt“ habe. In der „Deutschen Tageszeitung“ höhnt der Scharfmacher Graf Stewenlow, der deutsche General sei unter russischer Kommandogewalt gestellt.

Jedenfalls war der Jubel der Nationalen, die nach der Entsendung der Militärmission die Türkei schon unter deutschem Einfluß sahen, reichlich verträut. Und zugleich ist die Bloße der völkerrechtlichen Fiktion gelöst, als ob man mit der türkischen Regierung als einer selbständigen Macht Verträge schließen könnte unter Beiseitelassung der übrigen europäischen Mächte. Tatsächlich, wenn auch nicht völkerrechtlich, steht die Türkei unter der Vormundschaft der vereinigten Staaten von Europa. Darum sollte kein Staat in der Türkei einen Schritt unternehmen, ohne sich mit den andern Mächten darüber verständigt zu haben.

### Staatsmücker.

In dem preussischen Dreiklassenhaus hat der preussische Handelsminister recht charakteristische Bemerkungen über die Stellung des preussischen Fiskus zum Kohlenhandels gemacht. „Der Staat ist ein Vorkaufmann“, sagt er, „man muß aus den Kohlen eine grandiose Karibida gegenüber wirtschaftlichen Mächten heraus, zum andern fällt der absolute Mangel jeder Energie und jeder selbständigen Stellung des preussischen Staates gegenüber einem der selbständigen Vorkaufmann auf.“

Tatsächlich ist die preussische Fiskaltradition nichts anderes als das erschöpfte Bemühen, mit dem Staatshaushalt dem wachsenden Privatkapitalismus nicht wehe zu tun. Deswegen sind die preussischen Staatsbeamten niemals eine unabhängige Kohlenzange des Kohlenhandels, im besondern in Preußen, gewesen. Je wir haben es sogar erlebt, daß der Fiskus mit Preußenabsichtungen den Kohlenhandlung vorausgegangen ist.

Von gleicher Charakteristik sind auch die Forderungen, die der preussische Handelsminister jetzt wieder als Vorkaufmann für ein Zusammenarbeiten mit dem Kohlenhandel stellt. Der Handelsminister verlangt, daß das Rheinisch-Westfälische Syndikat auch die — fastlichen Steuergarben in seine alleinigen Hände arme mit einbringe. Das Syndikat hätte auf keinen Fall die fiskalischen Vergewaltigungen an der Saar beizubehalten. Freuchen klopft also für Verabschiedung des Kohlenhandels, damit die Fiskalgruben die gleichen Geschäfte machen können wie die Kohlen-Kollegen in Preußen. Das steht sich dann Staatswohl, Allgemeinwohl und Intresse der Konventionen!

Man könnte sagen, die den Staat schädigende Methode der preussischen Regierung in staatlichen Wirtschaftskreislufen ist eine Ausnutzung und eben nur möglich, weil es sich um Preußen handelt. Das stimmt aber nicht. Eben jetzt wird bekannt, daß der anhaltische Fiskus in hohem Grade die Kohlenhandlung auf einen andern Gebiet mit vielem Erfolg tätigt ist. Das Reichsteilgegesetz von 1908 hat bekanntlich eine Steuererleichterung bewirkt, die Gründungsunternehmen in der Kohlenhandlung einzuweisen und damit eine Verschleuderung heimlicher Kohlenhandlung zu verhindern. Man führte dies Prinzip so durch, daß eine Steuererleichterung für neue Kohlenhandlungen bewirkt wurde, nach der der volle Anteil an Kohlenhandlung dem Staat erst nach fünfjährigem Bestehen zugesprochen wurde. Von dieser Veranschaulichung wurden die verschiedenen Fiskalgruben freigegeben.

Der anhaltische Fiskus, in dessen Gebiet große unterirdische Kohlenlagerstätten zu finden sind, hat auf diese Weise eine Ausnutzung in einer Weise gemacht, daß sie dem preussischen Fiskus in hohem Grade an der Spitze stehen. Der anhaltische Fiskus hat keine Zeit, selbst in seiner neuen Methode zu hemmen. Er möchte aber auch sein Vorkaufmann geschäftlich ausnutzen. Schon ein Drittel fiskalischer Kapitalverteilung an einem kleinen Kohlenhandlung genügt, um auf das Inneren des Landes den Samen der Staatsverwaltung zu verstreuen. Die Kohlenhandlung hat den Staat in der Art der Staatsverwaltung nachvollziehen können. Man hat das nun einfach so in die Praxis umgesetzt, daß nachgewiesenen der anhaltische Fiskus aus preussischen Kapitalgruben sich das notwendige Kapitalmittel leisten läßt, um sich an Kohlenhandlungen — eben dieser Gruben — zu beteiligen. Es ist sogar ein Vertrag bekannt, der zwischen dem anhaltischen Fiskus und der Preussenverwaltung besteht, der die anhaltischen Kohlenhandlungen der Preussenverwaltung zu übergeben ist. Auch für wieder sorgt die Preussenverwaltung die Beschaffung des Geldes, das zur Kapitalverteilung des Staates not-

wendig ist, um Karzfreiheit zu genießen, um also gleich nach Fertigstellung der Betriebsanlagen die volle Produktionsquote leisten zu dürfen!

Auch hier wieder ist das fiskalische Interesse in seinem innern Kern privatkapitalistisch, aufgebaut auf der planmäßigen Ausbeutung der Allgemeinheit. Trotzdem stellen sich nahezu alle Tage Minister hin und sprechen ihre Verwunderung über die zunehmende Macht privater Kapitalgruben aus.

### Der Streifgendarman.

Herr Dr. Streifemann, einer der Nachbarn im Hansabund, ist jüngst dafür eingetreten, für den Streif-Überwachungsdiens besondere Beamte auszubilden. Diesen Gedanken prunt Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher, der juristische Streifspezialist des Hansabundes, in einem Artikel weiter, den er im „Tag“ veröffentlicht. Er führt dort u. a. aus:

Die Veranstaltung und Durchführung des Streifens, die Tätigkeit der Streifleitung und der Streifposten, der Terror, der beim Streife geübt wird, das alles ist heute Spezialwissen. Die freien Gewerkschaften wissen das sehr wohl und handeln danach. Sie geben genau ausgearbeitete Anweisungen heraus und schicken ihre gut gedruckten, mit reichen Erfahrungen ausgerüsteten, geschickten und tatkräftigen Streifleiter von der Zentralfelle an den Streifort; dabei ist natürlich die Hauptsache nicht: sowohl die gedruckte Instruktion als die lebende Anweisung des Streifleiters. Es ist ausgeschlossen, daß unsere örtlichen Polizeigorgane, die vielfach doch glücklicherweise verhältnismäßig selten mit Streifen zu tun haben, so eingearbeitet sind, wie es wünschenswert erauert. Deshalb ist es notwendig, daß an einer oder mehreren Zentralfellen besondere, und zwar besonders geeignete Beamte für den Streifdienst ausgebildet und teilweise an die gefährdeten Stellen zur Unterstützung und Hilfsleistung entsendet werden.

Herr Blüher ist, genau wie Herr Streifemann, national-liberal, und es darf angenommen werden, daß der Streifgendarman eine der Konzeptionen ist, die von den National-liberalen den Scharfmachern gemacht werden. Fragt sich nur noch: soll der Streifgendarman eine Reichs- oder Landes-jache werden? —

### Gibt jeder einen Fünfziger!

Auch Halle hat seinen Polizeiprozess. Er ist weit geringfügiger als der Kölner, aber auch er läßt mehr ahnen, als er positiv enthält.

Der Sachverhalt, der vor der hallischen Strafkammer festgelegt wurde, ist folgender: In der Nacht zum 1. September verhaftete der Polizeiergeant Wilhelm Augustin drei Studenten namens Schmidt, Lampe und Kampinski wegen angeblichen Diebstahls. Kurz bevor er mit den angetrunkenen Studenten vor der Polizeistation ankam, sagte er zu ihnen: „Na, ich will euch etwas sagen, gebt jeder einen Fünfziger, dann soll die Sache erledigt sein.“

Die drei Studenten gaben dem Sergeanten des gewöhnlichen Geld, worauf dieser sie entließ. In derselben Nacht begegnete sich der Polizei und die Studenten nochmals, und der Sergeant ließ den drei eine hallische Bemerkung zu. Das erwiderte die Studenten darauf, daß sie auf die Polizeistation gingen und Angeklagte werden wollten. Die Anzeige wurde nicht angenommen, mit der Begründung, daß eine Anzeige in der Nacht überhaupt nicht zulässig ist. Die Studenten wollten am nächsten Tage nachkommen, ließen dann aber die Sache auf sich beruhen.

Als einer von ihnen im September in der Senatshalle wieder einen Fünfziger, wurde er ebenfalls verhaftet. Auf der Sache machte er folgende Angaben: Auf die beschriebenen Studenten, und die Polizei verhaftet den Fünfziger. Die angeführten Ermittlungen führten zu einer Anzeige gegen Augustin wegen Forderung und Anbahnung von Verhaftungsmaßnahmen, um sie der Verhaftung zu entziehen. Auf die drei Studenten erfolgte eine Anzeige wegen Verleitung eines Diebstahls.

In der Verhandlung behauptete Polizeiergeant Augustin, der fünfziger Forderung zu sein. Der Staatsanwalt hielt nach mehrwahrigem Vorherrschaft Augustin für hallisch überführt und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten und gegen die untergeordneten Studenten je 50 Mark Geldstrafe.

Die Strafkammer mochte Augustin ebenfalls für schuldig, nahm aber nach dem Verbot gegen § 331 c (Hinzufügen von Geldern für nicht abgemessene amtliche Handlungen). Das Gericht ist nämlich nicht als präventiv an, daß die drei beschriebenen Studenten nämlich untereinander einen Fünfziger, ihre Forderung sei daher nicht begründet gewesen. Augustin war demnach berechtigt, zu verurteilen, je mehr zu entlassen. Ihre Entlassung erlangte also zu Recht, nur die Anbahnung von Verhaftungen war nicht erlaubt. Die drei untergeordneten Studenten wurden deshalb freigesprochen und gegen den Polizeiergeant wurde auf eine Geldstrafe von 75 Mark erkannt.

Die Richter haben dem Kapitulanten eine hallische Begründung, daß er ungewöhnlich reichlich Geld angenommen hat. Demnach kann jedoch Augustin nicht verurteilt werden.

### Sozialdemokratische Kommunalwirtschaft.

Die neue hallische Stadtkommune genügt auch den Forderungen eines reichlich reich befriedigten Interesses an kommunalem Leben. Demnach dürfen in hallische Verwaltungs-Deputationen für den Armenwesen, für Armen- und Erziehungs-wesen, Gesundheitspflege und Bauwesenkommissionen hallische, in der Gemeinde wohnhafte Bürger bis zu einem Viertel der Mitglieder dieser Deputationen gewählt werden. Die weltliche Mitglieder sind dem mindesten in den Deputationen hallig gleichberechtigt.

Man möchte schon denken, der Herrm. hat jetzt als eine hallische Stadtkommune, das bekanntlich eine sozialdemokratische Stadtkommune ist. Gelingen gelänge.

der dieser Tage erfolgten Neubildung der Deputationen sind zunächst in sieben von ihnen Frauen gewählt worden, und zwar in die Deputationen für das Armenwesen, das Kranken- und Versorgungshaus, für die städtischen Anlagen und Friedhöfe, die städtische Kindermilchanstalt, die Kleinkinderkule, die städtischen Badeanstalten und die Stadtbibliothek. Es wurden überall bürgerliche und proletarische Frauen in gleicher Zahl in die Deputationen gewählt mit Ausnahme der Armendeputation, wo die Arbeiterfrauen die größere Zahl Vertreterinnen erlangten. Für acht weitere Deputationen, und zwar für den städtischen Schlachthof, den Ortsgesundheitsrat, die Deputationen für die Volksschule, die Fortbildungsschule, die technische Lehranstalt und die höheren Schulen, für die Stiftungen usw. sollen weibliche Vertreter gewählt werden, sobald die in Ortsrägen, Stiftungsbestimmungen und so weiter enthaltenen formalen Schwierigkeiten beseitigt sind.

Das hat freilich die immer reaktionärer gewordene hessische Regierung erst zu genehmigen. Jedenfalls ist auch hier wieder die sozialdemokratische Stadtbereichsmehrheit mit einer bedeutenden fortschrittlichen Meinung vorangegangen. Man darf neugierig sein darauf, in welchem Umfang die bürgerlichen Stadtbereichsverordnungen, die meist liberal sind, dem roten Beispiel folgen werden.

### Notizen.

**Die Budgetkommission des Reichstags.** Am Dienstag wurde die Beratung des Kapitels Ausführung des Kaiserjägerbes beendet. Der Reichsbeitrag zu den Kosten der Unternehmung von Empfangerproben wurde auf Antrag Erzbischof von 100.000 auf 150.000 Mark erhohlt. Eine Resolution, nach welcher die vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamt errichtete zentrale Beratungsstelle für Verbindungsbüro der Handwerksämtern, welche die Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen an das Handwerk fördern, mit 30.000 Mark unterstützt werden soll, wurde angenommen. Hierauf trat die Kommission in die Beratung des Etats der Reichsjustizverwaltung ein. Die Forderung von drei neuen Reichsgerichtsratsstellen und einer solchen Reichsanwaltschaftsstelle wurde von den Abgeordneten Gröber (Ztr.), Schiffer (natl.), Sudekum und Rostke (Sog.) lebhaft bekämpft unter Hinweis auf den Umstand, daß dadurch die unerlässliche notwendige Reform des ganzen Systems verzögert werde. Die Abstimmung ergab die Bewilligung der Räte und die Ablehnung des Num. 41.

**Strafverfahren gegen den „Gaffler“.** Gegen den Redakteur des „Gafflers“ in Straßburg hat nunmehr die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Verleitung bzw. Anstiftung zum militärischen Komploit eingeleitet. Es handelt sich dabei um die Verleumdung über die bekannten Vorfälle in Zabern, zu welcher der Redakteur die inzwischen zu Urteilstrafen verurteilten elastischen Redaktionen veranlaßt hatte. (?) Demin findet bereits Anfang Februar vor der Straßburger Strafkammer statt.

**Die verdächtigen Gaffler.** Im Kreise Hagenu meldete sich im vergangenen Jahre ein junger Bauernbursche freiwillig zu den Saarburger Mannen. Eines Abends im September gab es in einer Wirtschaft Streitigkeiten, in deren Verlauf der junge Bursche zu dem Drehteller sagte: „Du bist ja ein Schwob!“ Der Lehrer hatte nichts Giltigeres zu tun, als dem Bezirkskommando in Hagenu dies zu melden und darum zu ersuchen, den bereits zu den Saarburger Mannen angelegten jungen Mann zu den „Schwabern“ auszuheben. Der Lehrer bekam vom Bezirkskommando die Antwort, daß der Verurteilte des freiwilligen nach Möglichkeit Rechnung getragen werde. Ferner wurde der Lehrer aufgefordert, ähnliche Angelegenheiten, die er und seine Kollegen wahrnehmen, dem Bezirkskommando zu melden. Wofür man ihm dankbar sein werde. Der zu den Saarburger Mannen ausgehobene junge Mann muß jetzt seine Dienstzeit in Hannover verbringen.

**Ein Identifiz vor dem Straßburger Kriegsgericht.** Nach einer Meldung der „Straßburger Neuesten Nachrichten“ hatte sich am Montag vor dem Straßburger Kriegsgericht ein Kanonier vom Feldartillerie-Regiment Nr. 80 wegen Gehorsamsverweigerung zu verantworten. Er hatte als Mitglied der Advenantbeweis des Sonnabends den Dienst verweigert und war deshalb auch schon verurteilt worden. Das Straßburger Kriegsgericht erkannte im Hinblick auf die tadellose Führung und die tiefreligiöse Gesinnung des Angeklagten auf die Mindeststrafe von 43 Tagen Gefängnis, rechnete ihm jedoch die 3wahrigige Unterjuchungshaft an.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Der Streik in der Berliner Eintracht** währt schon 15 Wochen. Die Unternehmer machen in der letzten Zeit bezwungene Anstrengungen, um Arbeitswillige zu erhalten. Unter allen möglichen Versprechungen werden nichtorganisierte Buchbinder gesucht, die Lust haben, sich auf Eins einzuarbeiten. Dieser Kampf wird wegen der Erhöhung der Stundenlöhne geführt, die die Unternehmer nicht bewilligen wollen, trotzdem die Arbeiter in allen andern Forderungen entgegenkommen gezeigt hatten. Aus diesem Grunde kann auch von einem Abbruch des Streifkes nicht gesprochen werden. In der letzten Versammlung der Streitenden wurde einstimmig beschlossen, den Kampf trotz der langen Dauer mit unverminderten Kräften fortzusetzen. Daher ist auch fernerhin jeglicher Zugang nach den Berliner Eintrachten fernzuhalten und Streifarbeit zu verweigern.

**Gegen den Koalitionsrechtsaus** protestierten am Sonntag die Arbeiter des Bahlkreises Bochum-Gelsenkirchen in fünf imposanten Massenversammlungen. (Eine große Versammlung hatte bereits am vorherigen Sonntag in der Stadt Gelsenkirchen stattgefunden.) Die Gesamtzahl der Besucher hat ungefähr 9000 betragen.

**Die Arbeiterauswahlgewahlen auf der Kaiserl. West in Wilhelmshafen** haben mit einem vollen Siege der Liste der freien Gewerkschaften geendet. Es wurde zum erstenmal nach dem System der Verhältniswahl gewählt. Die Christl. Demokratischen partiierten mit den Selbst. Die christlichen Gewerkschaften gingen selbständig vor. Auf die Liste der freien Gewerkschaften fielen 4402 Stimmen, somit 17 Vertreter auf den Christl. Demokratischen national-nat. 932 Stimmen, somit 4 Vertreter, und auf die Christl. 173 Stimmen, somit 1 Vertreter. 198 Stimmen waren ungültig. In den Stimmen des Reichstages hatten die der Reichswehr- und -schulgemeinschaft sowie die der Reichswehr, Schreiber usw., kurz aller jener, die in einer irgendeiner „gehobenen Stellung“ sich befinden. Die Wahlbeteiligung betrug 90 Prozent der Wahlberechtigten.

**Die Scharfmacher-Initiative** über den Rückgang der Gewerkschaften beruht auf der ganze gegenwertige Presse auf. In einer Betrachtung über den Rückgang der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften bewertete der „Arbeitgeber“ die schlechte Wirtschaftslage als Ursache für den Rückgang der Gewerkschaften sei wohl als Verlegenheits-sucht anzusehen zu erkennen, die wahre Ursache aber seien die Überladung (1) der Gewerkschaften in den großen Streifen im Raster, Schlichtungs-, Verhandlungs- und Schlichtungsarbeiten. Nicht an letzter Stelle aber sei der Rückgang auf die um sich greifende Erkenntnis der Arbeiterfrage von der Unhaltbarkeit der „sozialistischen gewerkschaftlichen Theorie“ zurückzuführen. Die wirtschaftspraktische Idee bestimme die gewerkschaftliche immer mehr zu verbandigen. Die Scharfmacher glauben also richtig, daß der immense Zwang zum Selbst ist wahre Weisen des Arbeiteres anzuliegen werde. Denn für nur eines Tages nicht ungewöhnlich aus diesen haben Terrorismusstramen geiffen werden.

**Denkschriften.** Im Bremer Gaubureau des Bundes der Staatsanwälte und in der Wohnung des Gauleiters wurde nach dem Abschluß von drei Artikeln geführt, durch die ein Beamter in Bremerhaven angeklagt wurde. Gefunden wurde nichts.

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 18.

Magdeburg, Donnerstag den 22. Januar 1914.

25. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

195. Sitzung.

Berlin, 20. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Vorsitzend: Dr. Delbrück.

### Anträge.

**Abg. Erzberger (Ztr.)** fragt an, was der Reichszähler zu tun gedenke, um gegenüber dem Verbot der Gründung einer Vereinigung Berliner Schuhmacher aus den Berliner Schuhmachern die im Reichsvereinsgesetz garantierte Vereinsfreiheit zu gewährleisten.

Direktor im Reichsamt des Innern **Lewalt**: Die Angelegenheit gehört weniger dem Vereinsgesetz an, als dem Beamtenecht. Deshalb hat die Reichsleitung keinen Anlaß zu irgendwelchen Maßnahmen.

**Abg. Erzberger (Ztr., zur Ergänzung der Anfrage)**: Bei der Schaffung des Vereinsgesetzes hat der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern ausdrücklich erklärt, daß auch die Beamtenvereins- und Versammlungsfreiheit genießen sollen. Ich frage deshalb den Reichszähler, was er zu tun gedenkt, um dieser von ihm selbst gegebenen Zusage Geltung zu verschaffen.

Direktor im Reichsamt des Innern **Lewalt**: Ich würde empfehlen, die Frage beim Etat des Reichsamts des Innern, der ja zur Debatte steht, zur Sprache zu bringen. Meinen Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen.

### Etat des Reichsamts des Innern.

Dritter Tag.

**Abg. Krätzig (Soz.)**: Was der Abg. v. Gräfe gestern über die Landarbeiterverhältnisse gesagt hat, steht mit den Tatsachen in schreidendem Widerspruch. Ich unterbreite zunächst, daß er das Land der Industriearbeiter zugegeben hat. Die Junker sind an diesem Land nicht unschuldig. (Sehr richtig!) Wenn er aber meint, auf dem Lande gibt es noch Glend nicht, so muß der Schleier von dem Landarbeiterselbst rücksichtslos heruntergehoben werden. Der Abg. Reinath rief nach dem Streitgegenstand. Dieser soll nur der Haken sein, an dem das Koalitionsrecht der Arbeiter aufgehängt wird. Herr Doormann rühmte, daß noch nie so viel Sozialpolitik getrieben worden sei wie in den letzten 2 Jahren. Quantitativ mag das stimmen, nicht aber in bezug auf die Qualität. Ich erinnere nur an die Witwen- und Waisenversorgung. Ein Gesetz zur Verhöhnung der Witwen und Waisen hätte nicht anders aussehen können. Bei den Textilarbeitern sind Lohnabsätze, die geradezu zum Lohnraub führten. Es wird ein ganz unerhörtes Strafsystem in Anwendung gebracht. Freilich macht sich strafbar, wer Strafen festsetzt, die den gesetzlichen Bestimmungen widersprechen. Das steht nur auf dem Papier, die bestraften Arbeiter sind meist nicht imstande, ihr Recht zu verfolgen, und wenn sie es tun, so fliegen sie auf die Straße und werden außerdem noch auf die schwarze Liste gesetzt. (Zuruf b. d. Soz.: Das ist Terrorismus!) Dieser unerhörte Strauß wird auch dazu benutzt, die Arbeiter in die gelben Vereine zu pressen (Hört, hört! b. d. Soz.); der Gelbe wird nicht bestraft, aber wer nicht zum Heuchler werden will, wird bestraft. Dieses Material gehört bei der Sammlung von Material zum Terrorismus an die erste Stelle. (Sehr richtig!) Bei den Ordnungsstrafen sind bestimmte Grenzen gesetzlich vorgesehen, bei den Fehlstufen aber gibt es keine Grenzen, sie sind direkter Lohnraub. Der Verein süddeutscher Baumwollens-industrieller hat eine neue Arbeitsordnung erlassen, um bei der Eingehung von Geldstrafen und Schadenersatzansprüchen Lohnabsätze zu ermöglichen, also direkt gegen das Gesetz zu verstoßen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dagegen muß sofort eingeschritten werden. Die Fehlstufen erreichen oft nicht nur die volle Höhe des Lohnes, sondern oft müssen die Arbeiter noch Geld mitbringen, um den angeblichen Schaden zu ersetzen. Dabei ist nicht der Arbeiter an dem Schaden schuld, sondern sehr häufig der Unternehmender, der nicht für saubere Arbeitsräume und einwandfreie Maschinen sorgt, so daß das Material dem Arbeiter verschmätzt und fehlerhaft übergeben wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei der Beratung der Gewerbeordnungsnobelle beantragten wir, das Recht des Arbeitgebers, Schadenersatz zu fordern, dürfe in die Arbeitsordnung nicht aufgenommen werden. Die Arbeitgeber sollen gezwungen werden, solche Ansprüche vor Gericht geltend zu machen. Leider ist das abgelehnt worden. Aber der Lohn muß den Arbeitern unter allen Umständen gegen solche betrügerische Manipulationen gesichert werden.

Nur zu den Ausführungen des Herrn v. Gräfe. Unsere Konkurrenzfähigkeit wird nicht durch die Sozialpolitik gefährdet, sondern weit mehr durch die Politik der Parteien, und durch die Vernichtung von Arbeitskraft infolge der Anfälle.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Daß die Junker gegen die Koalition der Arbeiter anführen, ist uns verständlich. Sie wollen nur ein Koalitionsrecht, bei dessen Gebrauch die Arbeiter an den Galgen kommen. Den Landarbeitern will Herr v. Gräfe gar kein Koalitionsrecht geben. Dabei sind gerade die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter skandalös. In Sachsen und Preußen will man jetzt gar noch die Freizügigkeit beschränken. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Arbeiterpolitik in den ländlichen Betrieben resultiert aus der Not der Arbeiter. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aus der Gesindeordnung nungen spricht heute noch der Geist der Leibeigenschaft, die Gesindeordnung in Lauenburg stammt sogar noch aus dem Jahre 1722. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Skandalöse Vorgänge in bezug auf das Zusammenkommen von Knechten und Mägden in einem Bette hat eine Revision der Landarbeitervernommen aufgedeckt. Selbst in einem bürgerlichen Blatte werden die polnischen Landarbeiterfamilien als ein Krebsgeschwür für unsere Jugend bezeichnet. Erst läßt man die Leute schuldig werden, und dann wirft man sie auf die Straße. Wenn die Arbeiter klagen und auch noch so sehr im Rechte sind, bekommen sie noch lange kein Recht. Die Gerichte werden gegen Landarbeiter sprechen oft dem gefunden Menschenverstand geradezu Hohne. Durch diese unerhörte Rechtlosigkeit wird die Landflucht der Leute erklärt, und gerade die Bauern, die ihre Leute gut behandeln, klagen darüber, daß wegen der

**Skandalöse Behandlung der Leute auf den großen Gütern** die brauchbaren deutschen Arbeitskräfte fortziehen und nur Galizier und andre Ausländer zu haben sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch die Lohnform trägt zur Verelendung der Leute bei, vor allem die „Gutswohnungen“. Selbst Herr v. Derzhin hat im „Tag“ geschrieben: „Will man die Zahl der freien Landarbeiter vermehren, so muß man vor allem für die Vermehrung der Mietwohnungen sorgen.“ Daß bei dem elenden Wohnungsverhältnisse die Soglingstierlichkeit auf dem Lande besonders groß ist, ist selbstverständlich und durch die Statistik erwiesen, ebenso die frühzeitige Invalidität der Landarbeiter. Selbst ein konservativer Pöbel gibt zu, daß die Altersrente der Landarbeitern viel zu spät erreicht wird. (Hört, hört! b. d. Soz.) Seit Jahrzehnten verlangen wir die

### rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern.

und die Herabsetzung des Bezugsalters der Altersrente auf das 60. Lebensjahr. Aber alle solche Forderungen werden stets von den Konserverativen abgelehnt. Deutschland ist es seinem Ansehen in der Welt schuldig, den skandalösen Zuständen, die ich geschildert habe, so schnell wie möglich ein Ende zu machen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär **Dr. Delbrück**: Bei der Vorbereitung auf die Beratung des Etats habe ich 197 Fragen durchgearbeitet, die auf mein Ressort Bezug haben. Im wesentlichen sind in der Debatte bisher zwei Fragen hervorgetreten: Was wird mit unserer Sozialpolitik und was wird mit unserer Wirtschaftspolitik? Mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung sind wir zu einem gewissen Abschluß unserer Sozialpolitik gekommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Gewiß, wir sind noch mit der Ausführung der Reichsversicherungsordnung beschäftigt, und können neue Gesetze nicht in Angriff nehmen. Mit dem Kreis der in die Krankenversicherung einbezogenen Personen sind wir bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen, ebenso mit den Versicherungsarten. (Zuruf b. d. Soz.: Arbeitslosenversicherung!) Ueber die Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung habe ich früher bereits gesprochen. Daß nach der Reichsversicherungsordnung eine Pause eintreten muß, ist selbstverständlich und haben wir alle gewußt.

Eine andre Beschwerde geht dahin, wir erleiden nicht genug Bundesratsverordnungen zum Schutze von Leben und Gesundheit. Auch hier sind aber eine ganze Reihe von Fortschritten zu verzeichnen. Die Möglichkeit des Eingreifens auf diesem Gebiet ist immer größer geworden, neuerdings können sogar einzelne Polizeibehörden durch Vorschriften für den einzelnen Betrieb eingreifen. Augenblicklich bleibt uns nicht gesetzgeberische Arbeit zu leisten, sondern Detailarbeit der einzelnen Beamten und Behörden. Wir haben jetzt geschulte Beamte, und das ist ein großer Fortschritt. Die Probleme liegen zurzeit nicht in der Sozialpolitik, sondern auf dem Gebiet des Koalitionsrechts. Dazu gehört das Syndikatswesen, das Submissionswesen, die Bestrebungen auf Verstaatlichung des Kohlenbergbaues, das Rationalsyndikat usw. Ueberall ist der bewußte Wille der Organisation an die Stelle des freien Spiels der Kräfte getreten. Meine Auffassung über das Koalitionsrecht habe ich vor etwa einem Jahre dargelegt. Auf die Frage des Arbeitswillens habe ich die der Reichszähler vor kurzem selbst eingegangen; ich übergehe sie daher. Herr Doormann regte die Frage der Tarifverträge an. Ihre rechtliche Regelung hat zur Voraussetzung die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wozu eine Einigung zwischen der Regierung und dem Reichstag über ein Berufsvereinsrecht notwendig ist. Ob dies Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen ist, ersieht man zweifelhaft. Doch habe ich die Auffassung, daß wir das Problem einer einigungsmäßigen Lösung entgegenführen müssen. Im Zusammenhang damit steht die Frage eines Reichseinsigungsamts. Auch hier hängt die Lösung von der Fortfrage ab, wie das Recht der Berufsvereine geregelt ist. Ein Reichseinsigungsamt hat nur Zweck, wenn ein Verhandlungsamt und die Möglichkeit der Vollstreckung der Einigungsprüfung besteht. Vorläufig müssen wir es bei dem gegenwärtigen Zustand partieller Schiedsgerichte lassen, bei denen die Durchführbarkeit der Schiedsprüfung von dem Verhalten beider Teile zum Schiedspruch abhängt. Ein typischer Fall hierfür ist die Vereinbarung zwischen den Krankenkassen und Ärzten. Ich sehe in diesem Abkommen ein interessantes Experiment für die Kämpfe der Arbeitgeber und Arbeiter überhaupt.

Von einem Abbau unserer Sozialpolitik kann keine Rede sein. Man sollte sich aber auch vor einem gedankenlosen Vormarsch hüten. Eine gebildete und gesellschaftlich und wirtschaftlich gut ausgebildete Arbeiterkraft ist eine der Säulen, auf denen unsere Industrie ruht. Eine verständige Sozialpolitik ist eine Kraftquelle für das deutsche Reich. Unter einer verständigen Sozialpolitik verstehe ich eine solche, die nicht bloß dem Arbeiter, sondern auch dem Arbeitgeber gut, was ihm zusteht. (Lebh. Beif. rechts.) Eine verständige Sozialpolitik muß sich auch in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen halten. (Zuruf b. d. Soz.) Die Regierung muß die Dinge anders beurteilen als Sie (z. b. Soz.), denn sie darf nicht die Ziele und Interessen einer einzelnen Partei verfolgen. (Lebh. Bravo! rechts. Zurufe b. d. Soz.) Ob Sie mich Knecht der Unternehmer nennen, ist mir ganz gleichgültig. (Bravo! rechts.)

Ich wende mich zur Wirtschaftspolitik. Ein außerordentlich hoher Grad der wirtschaftlichen Bedeutung eines Landes ist zweifellos sein Außenhandel. Dieser ist seit dem Jahre 1880 andauernd und außerordentlich gestiegen. In gleicher Weise hat sich der innere Markt entwickelt. Gestiegen ist auch das Einkommen der Bevölkerung, und ebenso das Vermögen, wie die Einkommensstatistik und die Spareinlagen beweisen. (Zurufe b. d. Soz.) Gewiß sind auch die Preise der Lebensmittel und die Lebenshaltung gestiegen, das beweisen die vorzüglichen Arbeiten von Calver, das gibt auch eine Ziffer (z. b. Soz.) Zeitungen zu, die „Hofarbeiter-Zeitung“ in einem Artikel vom 2. August 1913. Von einer Verringerung der Viehproduktion ist bei uns keine Rede. Wenn die Viehzählung von 1912 einen Rückgang des Viehbestandes verzeichnete, so hing das mit den erst kurz vorher übermündeten schweren Viehsuchen zusammen. Von 1912 bis 13 ist der Viehbestand wieder gestiegen. Alles in allem komme ich zu dem Ergebnis, daß wir kein Interesse daran haben, an den bewährten Grundlagen unserer bisherigen Zoll- und Wirtschaftspolitik, die die Durchführung unserer Sozialpolitik erst ermöglicht hat, irgendeine noch wie vor den Standpunkt, daß unser bisheriger Zollschutz im allgemeinen genügt, daß er aber auch aufrechterhalten werden muß. Insbesondere muß unsere Landwirtschaft der jetzige Zollschutz erhalten bleiben. (Bravo! rechts.) Gewisse Verbesserungen des Generaltarifs und der Vertragstarife sind gewiß wünschenswert, aber dabei handelt es sich um Einzelheiten infolge der Entwicklung der Welt. Im großen und ganzen entspricht der gegenwärtige Zustand durchaus den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft. Soweit sich zurzeit übersehen läßt, wird daher für uns kein Anlaß vorliegen, durch Kündigung der Handelsverträge von 1906 zu einer Neuordnung der Handelsbeziehungen den Anstoß zu geben. Es besteht daher einwillen nicht die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen. Wird aber von anderer Seite das Vertragsverhältnis gefährdet, oder werden in andern Tarifveränderungen vorgenommen, die unsere Ausfuhr berühren, dann wird die Regierung nicht zögern, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu verteidigen. Die beteiligten Verwaltungen sind bereits seit längerer Zeit damit befaßt, die in Betracht kommenden Verhältnisse unter Würdigung des Materials und der Anregungen der beteiligten Erwerbstreife und ihrer Organisationen einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen. Auch werden die einschlägigen Fragen rechtzeitig Sachverständigen vorgelegt werden. Die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik sind aneinander so gewachsen, daß sie entstanden sind und auf demselben Boden gewachsen. Die Fortführung der einen erfordert die Aufrechterhaltung der andern. Beide haben sich bewährt. Beide in richtiger Begleitung zueinander zu halten und weiterzuführen, wird daher unsere Aufgabe sein. (Lebh. Beif. rechts.)

**Abg. Ehrhart (Ztr.)** verlangt, daß im Interesse des gewerblichen Mittelstandes der geheime Warenhandel energisch bekämpft werde. Es sei zu bedauern, daß der Bundesrat nicht näher auf die entsprechende Petition eingegangen sei.

**Gesamrat Caspar**: Der Bundesrat ist der Meinung, daß diese Frage den einzelnen Bundesregierungen überlassen bleibt, die übrigens energisch gegen den geheimen Warenhandel der Beamten vorzugehen entschlossen sind.

**Abg. Dr. Wöhme (natl.)**: Für die Getreidezölle treten die Kleinbauern wesentlich aus Solidarität mit der übrigen Landwirtschaft ein; weit wichtiger sind für sie gute Viehzölle, für die bei der Erneuerung der Handelsverträge Sorge getragen werden muß. Das Koalitionsrecht für die Landarbeiter darf in Wunsch und Bogen nicht abgelehnt werden; nur da, wo nationale Gegenstände sehr stark sind, empfiehlt es sich nicht. Die Landarbeiter können keineswegs durch einen Streit zur Zeit der Ernte die Getreideernte lahmlegen; den Wald- und Forstarbeitern sollte man also das Koalitionsrecht ohne weiteres gewähren. Die innere Kolonisation sollte von der Reichsregierung entsprechend in die Hand genommen werden. Auch das Fideikommisswesen wird schließlich vom Reiche gelöst werden müssen, da vom preussischen Landtag in dieser Frage nichts zu erwarten ist.

Hierauf verlagert das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 6 $\frac{1}{2}$  Uhr. —

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung.

Berlin, 20. Januar, vormittags 11 Uhr.

Im Ministerrath: Von Schorlemer.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Danzig geht an die verstärkte Gemeindefunktion.

Die Vorlage betreffend die Zuständigkeit der Amtsgerichtsschreiber zur öffentlichen Beglaubigung einer Unterschrift wird in dritter Lesung angenommen.

### Zweite Lesung des Landwirtschaftsetats.

Zweiter Tag.

In der fortgesetzten allgemeinen Besprechung führt **Abg. v. Morawski (Soz.)** die Schwierigkeiten, die Ausfuhr der Abwanderung von Feldarbeitern nach Preußen bereiten will, auf die preussische Düngemittelpolitik zurück. Das Seuchengesetz werde schädlich ausgeführt.

**Abg. Weich (Soz.)**: Es ist ein jenseitiges Gesetz und durch wissenschaftliche Arbeiten von Silberglanz und Esen erschwert, daß unsere ganze Landwirtschaft auf die Inlandsproduktion angewiesen ist; die Steigerung der Preise der Lebensmittel ist nur schäblich; sie muß durch die Entwertung des Geldes in den letzten Jahrzehnten erklärt werden. Die Viehverwertungsvereinigungen könnten von großer Bedeutung werden, wenn die städtischen Gemeinden ihnen durch ständige Beziehungen einen geregelten Absatz eröffnen würden. In unserer künftigen Zollpolitik muß die russische Weizen- und Getreide-Einfuhr unter Kontrolle gerathen werden. Die Seuchen haben die aufstrebende Viehzucht stark mitgenommen. Die innere Kolonisation ist nach einem Wort des Herrn v. Wangenheim die Frage unser Jahrhundert. Wenn sie durchgeführt sein wird, wird auch der Viehbestand wachsen. In Polen, Bommern und Westpreußen ist dies bereits eingetreten. Die eine Richtung der Sozialdemokratie will die Existenz der Kleinbauern nicht nützen, die andre, revisionistische, will durch die innere Kolonisation den Großgrundbesitz zurückgewinnen. Sogar in dem kritischen Jahre 1911 konnte Preußen bedeutende Mengen Vieh an die andern Bundesstaaten abführen. Wir wollen in Zukunft unsere Viehbestände vor allem durch den Ausbau unserer Futtermittelzölle zu erhalten suchen. Wir haben ferner die Aufgabe zu lösen, unkultivierte Sandereien im Osten und Norden Preußens mit Futtermitteln für unsere Schweinezucht zu bestellen. Zum Schluß bekämpft der Redner den Anspruch des Abg. Braun, daß wir die ausländische Viehzucht zu fördern hätten, um dadurch billige Bezugsquellen für Fleisch zu haben.

**Abg. Dr. Schifferer (natl.)**: Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Die gegenwärtige Beratung des Landwirtschaftsetats steht unter dem Zeichen der künftigen Sezession unserer Handelsverträge. Ebenso wie von unsern Nahrungen ist von dem Ausbau unserer Wirtschaft die Festigkeit des Staates abhängig. Nach den Tagen der Blockade ist es gelungen, alle bürgerlichen Parteien in der Nahrungfrage zu einigen. Vielleicht ist eine solche Einigung auch in den Fragen der Landwirtschaft zu erzielen. Selbstverständlich nehmen wir die Sozialdemokratie, die von ganz andern Voraussetzungen als die bürgerliche Gesellschaft ausgeht, von vornherein grundsätzlich von einer solchen Einigung aus. Wie diese Partei die Vergeßlichkeit des Privateigentums propagiert, so propagiert sie dementsprechend auch die Vergeßlichkeit des Grund und Bodens. Freilich schwächt die Sozialdemokratie diesen ihren Standpunkt bei der Agitation auf dem Lande ab, weil sie weiß, daß der kleinste Bauer an seinem Stücker Lande zäh festhält. Die Hofluft agitirt über Literatur ebenso die Einsetzung einer Agrarkommission auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag bewies, welche Schwierigkeiten die Sozialdemokratie auf dem Lande hat. Wenn das Agrarprogramm dieser Partei so einfach wäre, wie der Abgeordnete Braun es gestern dargelegt hat: Zertrümmerung des Großgrundbesitzes, aber auch keine Stützung des Kleinbauers durch Bestes, Abschaffung aller Zölle, Enteignung — dann hätten sich Kautsky, Eward David, Arrur Schulz ihre steigenden Unterhaltungen sparen können. Es ist unmöglich, jetzt zu einem billigen Freihandel und zur Aufhebung der Schutzzölle ohne tiefe Erschütterung unserer gesamten Wirtschaft überzugehen.amentlich im Kampfe mit andern Großmächten, die mit härteren Schutzzöllen als wir ausgerüstet sind, bebürfen wir der Schutzpolitik. Es kann sich also nur um das Maß und die Ausdehnung des Schutzes handeln. Die Fortschrittler sind in dieser Frage nicht einig. Gernern stellt ihr Sprecher, der Abg. Hoff, der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ein vernichtendes Zeugnis aus, indem er die Caprivischen Handelsverträge in den Himmel hob. Wie dagegen schließen uns der Ansicht des Fürsten Bülow an, welcher erklärte, daß die Herabsetzung der Agrarzölle durch Capri vi unser Landwirtschaft eine schwere Kränkung gebracht habe. Der Redner rechtfertigt dann die Einfuhrzölle als eine Entschädigung der Landwirtschaft für die Schädigung durch den deutsch-russischen Handelsvertrag. Wenn die Konserverativen uns nachfragen, daß wir durch ein politisches Zusammengehen mit weiter links stehenden Parteien auch in unserer Wirtschaftspolitik wandern werden könnten, so frage ich dagegen: Werden die Konserverativen in ihrer Haltung zur Wahlreform durch die des Zentrums beeinträchtigt? (Sehr gut! b. d. Natl.) Bleiben wir also einig bei unsern bewährten Wirtschaftspolitik. (Beifall b. d. Natl.)

**Abg. Graf Kottke (Soz.)** polemisiert im gleichen Sinne wie der Abg. Schifferer gegen die Ausführungen des fortgeschrittenen Abg. Hoff und tritt für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ein.

Abg. Bruns (Str.): Der Kleinbäuerliche Besitz hat vielfach über...

Abg. Dr. Puchner (Hortisch. Sp.): Die Herren von der Rechten...

Die Flugmaschine ohne Steuermann.

Auf dem Flugplatz Johannisthal hatte der Flieger Wallob...

Familientragödie.

Einer Meldung aus Solingen zufolge hat in ihrer...

Unfall eines Kraftomnibusses.

Nach einer Meldung aus Bafu im Kantons St. Gallen...

Anfregende Szene vor Gericht.

Im Gerichtssaal zu Nancy hat sich ein aufregender Zwischenfall...

Der geizige Millionär.

In Moskau hat sich in der Familie des reichlichen Millionärs...

200 neue Erdbesessener.

Der Zukunftsplan-Bau in Japan, dessen Grundbesitzer...

Fast Meissen erlösch.

Aus Meissen (Sachsen) wird berichtet: Drei Jahress...

Bereine und Versammlungen.

Am 17. Januar tagte unter ostentatlicher Generalversammlung...

Stückung 167 Mark. Die Lokalkasse hatte im Dezember 1912...

Schutzverband der Schwerhörigen.

In der Januar-Versammlung wurde die Denkschrift über...

Bereins-Kalender.

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Duxau. Donnerstag den...

Biehmarkt.

Magdeburg, 20. Januar (Städtischer Schlacht- und Viehhof.)...

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level. Includes entries for Havel, Elbe, and other rivers.

Kleine Chronik.

Eine seltsame Dienerin der Gerechtigkeit.

Aus Leipzig wird folgendes Geschichtchen berichtet: Der schon...

Zwei Millionen Mark Starnsgebühren.

Die Schöden, die die Starns der letzten Zeit und namentlich die...

Verjährtes Kind.

Große Erregung rufft in Hannover das Verjährten eines...

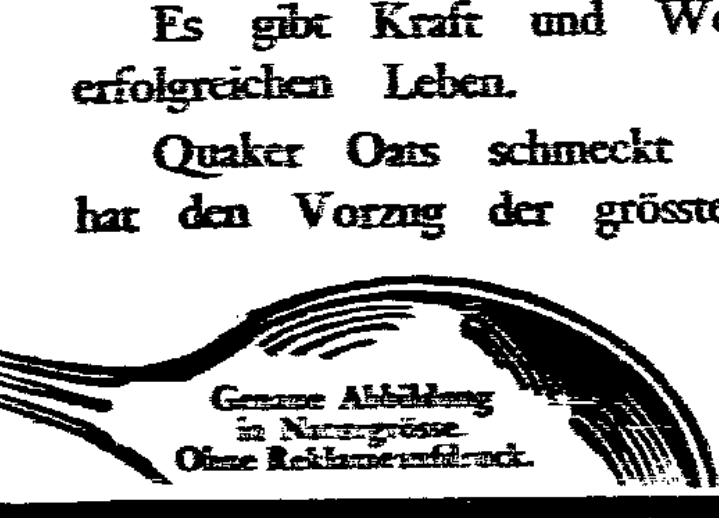
Ein Schwertmörder?

In Frankfurt a. M. ist ein Schwertmörder verhaftet worden...

Quaker Oats ist das beste aller Nahrungsmittel.

Gratis-Löffel für Quaker Oats Konsumenten. Quaker Oats Pakete enthalten...

Sie brauchen nicht zu warten, bis Sie stürbische Gerichte beisammen haben...



Es gibt Kraft und Wohlbefinden und verhilft zu einem erfolgreichen Leben. Quaker Oats schmeckt bei jeder Zubereitung...

### Provinz und Umgegend.

#### Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

#### Ein Wahlmacher Schieles.

Der konservative Generalsekretär Richard Runze war an allen möglichen Geschäftsmanövern der betrachten antisemitischen „Staatsbürgerzeitung“ beteiligt. In einem daraus entstandenen Prozeß wurde gegen ihn folgendes beurkundet:

#### Eidesstattliche Versicherung.

Ich versichere an Eides Statt folgendes:  
Ich hatte seinerzeit dem Verlag Deutsche Bürgerkunde G. m. b. H. („Staatsbürgerzeitung“) ein bares Darlehen von 3500 Mk. gegeben. Als bald darauf dieser Verlag sein Kapital um 50000 Mk. erhöhte und der Generalsekretär der deutsch-konservativen Partei, Richard Runze zu Friedenau, Vorderstraße 7, zum Geschäftsführer des Verlags ernannt wurde, zahlte er mir das Darlehen zurück, zog sich aber die Hälfte (1750 Mk.) ab dafür, daß er mir das Darlehen wieder zurückzahlte. Runze suchte es später als Provision für die Beschaffung der 50000 Mk. darzustellen, was aber den Tatsachen nicht entspricht.

Er wollte mich sogar verleiten, daß ich dem Geldgeber gegenüber 5000 Mark anstatt der wirklichen 3500 Mark in Anrechnung bringen sollte und mich dann mit der Hälfte — 2500 Mark — begnügen sollte, worauf ich nicht einging.  
H. Hertwig, Langwitz, Luisenstraße 26a.

Demgegenüber steht eine ebenfalls ehrenwürdige Erklärung Runzes, die lautet:

Herr Hertwig hatte mir vielmehr erklärt, daß er an die Gesellschaft Deutsche Bürgerkunde eine Forderung von 3500 Mk. habe, und wir waren übereingekommen, daß ich die Hälfte dieser Summe als Lohn für meine Bemühungen erhalten sollte, wenn es mir gelänge, die Gesellschaft neu zu finanzieren und damit sein ganzes Geld zu retten. Herr Hertwig hatte mir aber verschwiegen, daß er sich selbst 2000 Mark von der Gesellschaft geborgt hatte. Das erfuhr ich erst viel später von Herrn Witte. Hatte mir Herr Hertwig seine wahren finanziellen Beziehungen zur Gesellschaft mitgeteilt, so hätte ich weder diese Provision angenommen, noch für die Auszahlung dieser 3500 Mark Sorge getragen. Es ist unwar, daß ich Herrn Hertwig für den Plan gewinnen wollte, sich 5000 Mark mit mir zu teilen. ... Herr Hertwig hatte mir sein Ehrenwort gegeben, über die Provision überhaupt nicht zu sprechen. Ich hatte dies gewünscht, weil ich nicht gewohnheitsmäßig Geld vermittelte. Das Ehrenwort hat Herr Hertwig gebrochen. ...  
Friedenau, den 27. Oktober 1912.

Richard Runze, Generalsekretär.

Selbst nach dieser Darstellung ist der konservative Generalsekretär and Provisionennehmer keine sehr imposante und sympathische Figur. Dafür aber ist derselbe Herr jetzt desto eifriger im Wahlkreis Jerichow als Wahlmacher der vornehmen konservativen Kandidatur tätig. Sage mir, mit wem du umgehst. ...

#### Roberts Antwort.

Auf den „Offenen Brief“ des Anwarts Brandt auf Woltersdorf hat Herr Robert in einer öffentlichen Erklärung folgendes geantwortet:

Sie haben die Güte, mich in verschiedenen Zeitungen in Ihrem „Offenen Briefe“ um Beantwortung einer Reihe von Fragen zu erlauben, die ich zum großen Teile bereits in etwa 50 Versammlungen in allen Gegenden des Wahlkreises genügend glaube beantwortet zu haben. Bis her sind Sie in feiner dieser öffentlichen Versammlungen erschienen, um die jetzt durch die Presse verlangten Ausklärungen zu erhitzen, obwohl Ihnen die dazu erforderliche Zeit sicherlich zur Verfügung gestanden hat. Ich lehne deshalb dies mir gegenüber angewandte Verfahren einer schriftlichen „Examinierung“ seitens eines ausgesprochen politischen Gegners ab und stelle Ihnen anheim, in einer demnächst in Woltersdorf stattfindenden Versammlung, zu welcher ich mich schon heute Sie persönlich einzuladen gestatte, persönlich zu erscheinen. Es würde mir ein besonderes Vergnügen sein, Sie durch die Reichhaltigkeit meines Materials überzeugen zu können, daß Ihre politischen Freunde in der Wirklichkeit das Sandwerk aufs schwerste schädigen.

Die Versammlung könnte immerhin interessant werden. Vielleicht ladet man auch die Sozialdemokraten dazu ein, damit sie des Sündenregimes beider bürgerlichen Parteien zur Kenntnis der Wähler bringen. Oder noch besser: Man veranstalte diese Versammlung in einem großen Orte, wo die Möglichkeit besteht, daß eine größere Zahl von Wählern, als in dem kleinen Woltersdorf, den Genuß dieser Auseinandersetzung haben kann. ...

Wilms, 21. Januar. (Eine öffentliche Wählerversammlung) in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Albrecht (Galle) über die Nachwahl in Jerichow 1 und 2 sprach, tagte am Sonntag im Lokal des Schmirke Wirtshaus. Der Redner ging mit den Gründen, aus welchen die Reichstagsmehrheit das Mandat des Genossen Haupt fastiert hat, scharf ins Gericht. Ferner wies der Redner an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials nach, daß nicht, wie unsere Gegner immer behaupten die Sozialdemokratie, sondern das Großkapital und die Grundbesitzer den Mittelstand und die kleinen Landwirte benachteiligen, daß vielmehr die Sozialdemokratie die einzige Partei sei, welche die Interessen der Arbeiter und der Kleinbauern vertritt. Nach einem anfeuernden Schlusssatz des Vorsitzenden, Genossen Wolke, fand die stark besuchte Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Ende.

Roßdorf, 21. Januar. (Im Wahlzelt) fand hier am Dienstagabend eine ansehnliche der Räte der Wählerversammlung statt. Einige 50 Personen — darunter auch mehrere Frauen — waren dem Ruf der Partei der Arbeit gefolgt und hörten in dem auf dem Grundstück unseres Genossen Radzinski aufgestellten Zelte trotz „halber Fänge“ die Ausführungen des Genossen Klüß (Magdeburg) an, der auf die Ursachen der Ungültigkeitserklärung hinwies und dann die Programme und die Forderungen der bürgerlichen Parteien, insbesondere die Wirklichkeit als Abgesandter eingehend beleuchtete. Zum Schluß wies der Redner darauf hin, daß man in den Kriegervereinen vor den Mitgliedern die unterjährige Verpflichtung zu ergatten nicht, daß sie auf keinen Fall sozialdemokratisch wählen würden. Viele unterschätzten die praktische Gefahr, die Sozialdemokratie durch die Wahl zum Reichstag darstellt, wenn sie nicht, wie unser Gegner immer behauptet die Sozialdemokratie, sondern das Großkapital und die Grundbesitzer den Mittelstand und die kleinen Landwirte benachteiligen, daß vielmehr die Sozialdemokratie die einzige Partei sei, welche die Interessen der Arbeiter und der Kleinbauern vertritt. Nach einem anfeuernden Schlusssatz des Vorsitzenden, Genossen Wolke, fand die stark besuchte Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Ende.

Wernau, 21. Januar. (Eine Wählerversammlung) fand am Sonntag nachmittag 3 Uhr hier statt. Sie war von circa 100 Personen, darunter auch Frauen, besucht. Referent war Reichstagsabgeordneter Genosse Brandt (Magdeburg). In einer 1 1/2stündigen Rede geißelte er das Verhalten der bürgerlichen Parteien bei der Kasserung des Mandats. Auch seine anderen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Schmäherung der Babern-Affäre erzielte laute Zurufe der Teilnehmer, die dahingingen, daß man das Verhalten der Militärbehörden mißbilligt. Viel Interesse erregte die neue Wahlurne, die den Versammelten, in anständig borgeschränkter Größe, gezeigt wurde. Durch eine Probeabstimmung wurde gezeigt, daß eine Kontrolle der abgegebenen Stimmen nicht möglich ist. Auch die im Interesse des Wahlgeheimnisses erfolgte Keuring ist auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion gesehen, sonst würde man auch bei dieser Wahl noch Suppenterrinen, Zigarettenstücken und ähnliche den Konservativen angenehme Gefäße als Wahlurnen zu sehen bekommen. Eine vorgenommene Zufammenlung ergab den Betrag von 6,20 Mark.

#### Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Olvenstedt, 21. Januar. (Feuerbrunn.) Am Dienstagabend gegen 9 1/2 Uhr brach beim Besitzer G. Schulze in der Mittelstraße ein ursprünglich kleines Feuer aus. Unsere schwerfällige Löschtruppe vermagte aber, dem Feuer konnte dadurch kein Einhalt geboten werden. Es nahm bald einen größeren Umfang an und bedrohte die benachbarten Gebäude. Verschiedene dabei zutage getretene Umstände machen es notwendig, daß wir uns hier einmal mit den Einrichtungen unserer Feuerlöschwehnen beschäftigen müssen.

Althaldensleben, 21. Januar. (Der Sozialdemokratische Verein) hielt am Sonnabend eine schlecht besuchte Versammlung ab. Das von der Kreisleitung eingegangene Schreiben zu der im März stattfindenden Gemeindevorwahlenwahl wird der Verwaltung übertragen. Angeregt wird, daß die Gewinnaufträge tragen sollen, daß sämtliche Wähler Einsicht in die Listen nehmen. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 299,86 Mark, der eine Ausgabe von 184,05 Mark gegenübersteht. Die Kassensverhältnisse haben sich gebessert, der Mitgliederbestand ist im Steigen begriffen. Das Abrechnen der „Gleichheit“-Abkommen wird durch die Zunahme der „Volksstimme“-Leser ausgemacht. Als Kassierer wird Herr Oberdorf gewählt.

Neuhaldensleben, 21. Januar. (In der Stadtberrordneten-Sitzung) wurde der bisherige Vorsteher Justizrat J. A. S. einmütig als Vorsteher wiedergewählt; als Stellvertreter Stadtberrordneter Krause mit 21 von 27 abgegebenen Stimmen. Schriftführer wurde Magistratssekretär J. J. Die Entschädigung für den Schriftführerposten wurde von 40 Mark auf 60 Mark erhöht. Als stellvertretende Schriftführer wurden die Stadtberrordneten Uffrecht und M. Schmidt wiedergewählt. Der Baumeister Schiefer und Stammer werden 20 Quadratmeter Land an der Höhe für 3,50 Mark pro Quadratmeter überlassen. Für die städtische Erinnerungsfest der Schlacht bei Leipzig waren 500 Mark bewilligt worden. Diese Summe ist aber auf 660 Mark angewachsen. Genosse Schmidt hält es nicht für richtig, daß der Magistrat diese Summe überschreiten habe, denn die Mehrzahl der Einwohner sei mit dieser Feier nicht einverstanden und sage: „Solange wir in Preußen unter dem Dreiklassenwahlrecht leben, haben wir keine Veranlassung, eine Befreiung von der Fremdherrschaft zu feiern. Wollen dies aber die besitzenden Klassen tun, sollen sie solche Feiern selbst bezahlen.“ Der Mehrbetrag wird gegen die Stimmen unserer Vertreter bewilligt. Vor einiger Zeit haben sich die Stadtberrordneten mit einem Antrag auf Bewilligung eines städtischen Beitrags für das von der Sandwerfstaube Magdeburg geplante Sandwerf-Erhohungsheim beschäftigt. Der Antrag wurde damals aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Diesmal wurden mit 14 Stimmen 100 Mark bewilligt. Bei den Holzauktionen in den städtischen Forsten macht sich die Mindernehmung des Markteinstandes geltend. Seine Einnahme soll angeblich in keinem Einklang zu den Unkosten stehen. Da die Anwesenheit des Markteinstandes von verschiedenen Seiten als unbedingt notwendig angesehen wird, schlägt der Magistrat vor, ihm für jede Fuhre 6 Mark vom Lage der Beschlußfassung ab zu bewilligen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen unserer Vertreter angenommen. Das Orispatat betreffend das Feuerlöschwesen in der Stadtberrordneten wird in einigen Punkten geändert. — In der nichtöffentlichen Sitzung wurde Kenntnis genommen vom dem Antrag des Polizeiergeanten Scherwin auf Pensionierung zum 1. April. Ferner wurde die Aufstellung eines Polizeiwachtmeisters beschlossen.

(Vom sichern Tode) des Erictrines gerettet wurden am Montag zwei Knaben der Witwe L. Der eine der Knaben magte sich beim Schlittschuhlaufen auf die in der Mitte nicht zugewandene Höhe am Fürstentwall in der Nähe der Kapschen Badeanstalt und glitt dabei in das Wasser. Sein älterer Bruder versuchte, dem sich am Eise Festhaltenen zu helfen, wobei er selbst ins Wasser glitt. Zum Glück kamen die vom Strom am Eiserand immer weiter Treibenden von in der Nähe beschäftigten Arbeitern durch Stangen schnellstens aufgehoben werden und von einem Schüler aufs Lande gebracht werden. Es kam in Schule und Haus nicht genug auf die Gefahren auf dem Eise hingewiesen werden, denn es vergeht kein Tag, an dem nicht von Unglücksfällen auf dem Eise durch Erictrinen berichtet wird.

(Ein Frauen-Unterhaltungssabend) findet heute Mittwochabend 8 Uhr in Herzogs Festhale statt. Genosse Weims (Magdeburg) wird ein zeitgemäßes Referat halten.

#### Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Bernigerode.

Dereenburg, 21. Januar. (Sitzung der Stadtberrordneten vom 15. Januar.) Die Einführung der neu- bzw. wiedergewählten Stadtberrordneten erfolgte in der üblichen Weise. Unter den neuergewählten Stadtberrordneten befinden sich die beiden Vertreter der Arbeiterschaft, die jetzt zum erstenmal aus ihren Reihen eine Vertretung in das Stadtparlament entsandt hat. Bei der Wahl der Kommissionen wurden in die Fort- und Beleuchtungskommission die Genossen Steinmetz und Faulbaum gewählt. Den Armen- und Schulfassenrat für 1914 überwiegt man der Statiskommission. Beschlossen wurde die Verbreiterung des Friedhofes. Es handelt sich dabei um die Verlängerung einer Mauer und Verlegung eines Staket bis an die am Friedhof befindliche Kastanienallee. Der am Großen Festal gelegene Steinbruch wurde für die Summe von 20 Mark an den bisherigen Pächter, Rittergutsbesitzer Kroschke, weiterverpachtet. Gegen die Theaterrückführung der Jahresrechnung der Kammerspielerei von 1912 wurden keine Einwendungen erhoben. Der Freiwilligen Feuerwehr soll nach dem Antrag des Magistrats zur Abhaltung eines Feuertages 50 Mark bewilligt werden. Gegen die Bewilligung sprach Genosse Steinmetz, der darauf hinwies, daß die von der Gewerkschaft der Bürger aufgegebenen Gelder nicht dazu da sind, für Feuertage verwendet zu werden. Die Unkosten sollen, wie es sonst auch üblich ist, von denen bezahlt werden, die sie veranstalten. Die Summe wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Vertreter bewilligt. Eine Beteiligung

an der Siedelungsgesellschaft „Sachsenland“ lehnten die Stadtberrordneten einstimmig ab, nachdem vorher vom Stadtberrordneten-Vorsteher der ablehnende Standpunkt bekanntgegeben war, den der Magistrat in dieser Frage ebenfalls einnimmt. Als Ratmann wurde Stadtb. Krebs gewählt. Die Dringlichkeit der Vorlage, betreffend Aufhebung des Geländes (Teil) der Bahnhofsstraße zum Zwecke der Aufhebung einer Straße wurde anerkannt. Da sich die Stadtberrordneten über die geplante Anlage der Straße an Ort und Stelle informieren wollen, wird nach längerer Diskussion beschlossen, eine Besichtigung des Geländes am Sonnabend nachmittag vorzunehmen. Bei der Gelegenheit wünscht der Stadtberrordneten-Vorsteher, daß derartige Vorlagen nicht erst im letzten Augenblick vom Magistrat eingebracht werden, da dann gewöhnlich eine Klarstellung erforderlich wird. — Nach der erfolgten Besichtigung stimmten die Stadtberrordneten der Vorlage zu.

(Ein Erfolg der Presse.) Vor einiger Zeit wurde in der „Volksstimme“ darauf hingewiesen, daß die Wagen der Blauenberg-Dereburger Eisenbahn bei der jetzigen kalten Witterung entweder gar nicht oder nur ungenügend geheizt sind. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß unsere Kritik geheißen hat: die Wagen sind jetzt immer geheizt. Die Arbeiterschaft von Dereenburg kann aus diesem Vorgang ersehen, welche Bedeutung unsere Presse hat und welche wichtige Einrichtung zur Vereiterung von Missetaten sie ist. Darum müssen die Arbeiter aber auch mit Laut und Liebe dafür sorgen, daß die Verbreitung der „Volksstimme“ im Orte eine ganz andere wird. Mehr Abonnenten für die „Volksstimme“ muß die Parole für jeden einrichtsbollen Genossen lauten. Agitiert darum fortgesetzt für eure Zeitung. Wer sich am kommenden Sonntag an einer Agitation für die „Volksstimme“ beteiligen will, melde sich beim Genossen Kreppel.

Halberstadt, 21. Januar. (Sitzung der Stadtberrordneten.) Die Schenkung einer Vogelsammlung für die Aufstellung, die ein alter Halberstädter namens Runge der Stadt machen will, wird angenommen. Sämtliche Vögel der Sammlung sind auf der Besitzung des Gebers, auf der Insel Sumatra, geschossen. Ferner wurde für das Museum ein Dinosaurier geschenkt. Dr. Cronh bemerkt hierzu: Wenn uns der Herr Geber nicht morgen zur Besichtigung nach dem Museum eingeladen hätte, so hätten wir schon diese einzigartige Schenkung bewundern können. Wir haben ein Museum, wie es Städte in der Größe Halberstadts nicht aufzuweisen haben. Die Sehenswürdigkeiten sollen durch eine weitere vermehrt werden. Als die Kunde von der Auffindung der Dinosaurier durch unsre Stadt ging, hat mancher den Wunsch geäußert, daß die Stadtberrwaltung uns ein solches Werkstück scheidet. Es sind außer Halberstadt nur zwei Orte bekannt, wo solche Funde gemacht wurden. Die erforderlichen Mittel zur Aufstellung und Präparation betragen 6000 Mark. Oberbürgermeister Gerhardt bedauert, daß der Geber dieses wertvollen Stückes nicht genannt sein will. Dr. Cronh bemerkt noch, daß Professor Jüdel erklärt habe, daß hier noch wertvolle Funde zu erwarten seien. Da der Gelehrte von der Stadt während seines Hierseins in weitestgehender Weise unterstützt worden sei, will er von den Freunden ständige Ausstellungen veranstalten. Der Luftfahrtverband erhält einen jährlichen Beitrag von 300 Mark zur Unterhaltung der hinterbliebenen verunglückter Flieger. Durch die Heeresvermehrung macht sich auch hier eine Erweiterung der Kasernen notwendig. Zu den Entwurfsarbeiten sind 1000 Mark notwendig, die bewilligt werden. Weitere 28000 Mark sind für Erweiterungsbauten für die Maschinenwerkstatt notwendig. Die Versammlung erklärt sich einverstanden. Die geforderte Summe wird vom Militärischen bezogen und amortisiert. Zur Verbreiterung des Fußwegs zwischen Sternwarte und Hohlweg wurden 1650 Mark bewilligt. Stadtb. Knastedt hält es für notwendig, daß Verbotsbefehle eingebracht werden für Radfahrer, damit diese den Fußweg nicht benutzen. Stadtb. Gerlach: Will man ein Verbot für Radfahrer erlassen, so muß man die Fahrstraße so herrichten, daß sie gefahrlos von Radfahrern benutzt werden kann. Die Arbeiten für die Verbreiterung des Fußwegs müssen sofort in Angriff genommen werden, damit die herrschende Arbeitslosigkeit etwas gelindert wird. Zugleich könnte man den Weg, der hinter dem Schafstall entlang führt, ebenfalls verbreitern. Hierdurch würden Arbeiten vorhanden sein, die als sogenannte Notstandsarbeiten gelten könnten. Die Verträge zwischen der Stadt und der Spar- und Bauvereinschaft werden aufgehoben. Hierzu liegt noch ein Dringlichkeitsantrag vor, 20000 Mark von der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt oder der städtischen Sparkasse zur Errichtung der Gartenstadt aufzunehmen. Die Tilgung ist mit 14 Prozent und die Verzinsung mit 3 1/2 bis 4 Prozent vorgesehen. Der Vorlage wird zugestimmt. Der Aenderung der Bestimmungen über die Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung an städtische Angestellte und Arbeiter wird zugestimmt. Bisher wurde der Jahreslohn in Anrechnung gebracht. Künftig soll der Jahreslohn in Anrechnung kommen. Der Aenderung der Kanalgebührenordnung wird nach längerer Aussprache, die ergab, daß nicht Belästigungen, sondern Entlastungen dadurch eintreten, zugestimmt. Hiermit sollte die öffentliche Sitzung erschöpft sein. Ueber die Gewährung eines Zuschusses für das Stadtheater berichtet Stadtb. Räder. In einer der letzten Sitzungen wurden aus dem Kinofonds 6000 Mark für die Volkstheaterfestungen des Theaters bewilligt. Stadtberrordneter Gerlach sagte damals, man solle ruhig das Kind beim richtigen Namen nennen und zugeben, daß dies eine Subvention sei, die sich bald wiederholen würde. Jetzt steht nun, daß der Theaterdirektor nicht mehr in der Lage ist, den alten Vertrag einzuhalten, da jetzt schon 7000 Mark festbetrag zu verzeichnen sind. An ein Wettermachen des Festes ist nicht zu denken, da die sogenannten Schlager, die doch die Zuschauer anlocken sollen, schon gegeben sind. Die Ausgaben des Direktors sind weiter durch die Krankenversicherung gedeckt. Direktor Stoll machte uns den Vorschlag, entweder das Theater in eigene Regie zu nehmen, oder ihm ein Mindesteinkommen zu garantieren. Ein weiterer Vorschlag des Direktors, die Opernaufführungen vollständig einzuschränken, hat sich der Theaterausführung angelassen. Der Ausschuß fordert die Übernahme der Kosten für Heizung und Beleuchtung des Theaters sowie die Bedienungsmannschaft dazu durch die Stadt. Diese Kosten werden sich auf etwa 8000 Mark belaufen. Stadtb. Dr. Cronh spricht seine Genugtuung aus, daß kein Widerspruch gegen die Vorlage laut wird. Wer es mit dem Theater gut meint, kann auch nicht gegen die Unterstutzung sein. Bei Gebäuden, die nicht einbringen, sondern nur zum Ansehenswert da sind, sollte man die erforderlichen Mittel eigentlich als Zuschüsse betrachten. In einer Stadt, die etwa dem Größenverhältnis Halberstadts entspricht, wurden im vorigen Jahre 137000 Mark Zuschuß für das Theater aufgewendet. Herr Stoll ist die Verpflichtung eingegangen, in vier Städten Theateraufführungen zu geben, um bessere Einnahmen zu erzielen. Darunter hat aber oft unser Theater zu leiden. Um dies zu verhindern, muß die Stadt höhere Zuschüsse leisten. Auch vom sozialen Standpunkt aus sollte das Spielen in andern Städten unterlassen werden. Die Schauspieler kommen des Nachts um 2, 3 und 4 Uhr zu Haus, und sollen dann morgens zur Probe erscheinen. Dies ist auf die Dauer unmöglich. Stadtb. Lent wünscht, daß der Theaterausführer nicht jubel Einfeld auf das Repertoire des Direktors ausüben könne. Der Oberbürgermeister gestreut diese Bedenken, indem er erklärt, daß doch Magistrat



# Die Saarnadel.

Von Katharina Gubwin.

Eine junge Frau ging manchmal zu einem jungen Manne, denn sie liebte ihn.  
Sie liebte ihn sehr.  
Gedacht sie trafen sich nur etwa acht Tage für ein paar Stunden, er hatte nämlich sehr viel zu tun, sehr viel gesellschaftliche Verpflichtungen und Pflichten gegen seine Familie zu nehmen.  
Eigentlich liebte sie nur noch für den Moment, wo sie bei ihm war, in der gnädigsten Wärme.  
Ich bin sehr glücklich — dachte sie oft und weinte dabei.  
Ihr Bild konzentrierte sich hauptsächlich in einer Idee seines Augenblicks, wo auf breiter Distanz viele weisse Säulen

Darum vergaß sie plötzlich ihr Perlenkettchen, gab der hässlichen beschämten Saarnadel drei Mark, die — aber nein doch, aber nein doch — sagte und das Geld einsteckte, während die junge Frau — die beiden Saarnadeln kämpfend in der Hand haltend — mit bebenden Werten die Treppen hinabstiegt.

Während sechs Tagen sah sie fast immer bei der fremden Saarnadel.  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
Sah sie das Saarnadeln seine Worte dauernd in ihrem Sinn: „... Nur Du ...“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“



Grundriß im Seitengarten in Wragelburg. (Zeit Seite 4)

**Wied.** Sie neigte sich näher gegen die jugendliche Gestalt an ihrer Seite — er war hoch der Vater ihres Kindes!  
„Wie die Gestalt ihre Hände aufeinanderlegte, brühte Wied die Hand ihres Mannes mit aller Kraft.“

## XXVIII.

Grüden hatte sich brav gehalten, wenn sie auch in dem Schluß der Trauerzeit nicht und heftig, gelacht hatte: „Mama!“ Bei dem Knarren hörte sie nicht, wie die andern unerschrockenen Kinder, aufrecht hatte sie auf ihres Mannes Gesäß und aus großen, erschauerten Augen sah auf den Gesäß der Frau und Schleiher der Mutter schielte.  
„Siehst du, wie sie mit am hochgehenden Tisch und mampfte an einem großen Stück Fleisch, das sie fröhlich mit heiseren Händen hielt.“

„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“



Grundriß auf dem Grabfriedhof in Wragelburg. (Zeit Seite 4)

Funke riefen gegen die thürliche Vertheilung der Mauer rufen.  
Da sagte er oft stöhnend solche kurze Worte zu ihr, zum Beispiel: „... Nur Du ...“  
„Nur Du ...“  
„Nur Du ...“  
„Nur Du ...“  
„Nur Du ...“

## XXIX.

Einmal — als sie von ihm kam — bemerkte sie, daß ihr Perlenkettchen fehlte. Sie ging gleich wieder zurück, sofort — aber es machte niemand auf.  
Dann machte sie bei der Saarnadel, die das Kettchen seiner Wohnung besorgte.  
Die Saarnadeln hielten mit häßlichen, verächtlichen Augen an und geleitete die Dame hinunter in seine Wohnung.  
Die breite Distanz warnte zur Seite geschoben, der hübsche Reppich angeordnet — sie vielen bunten weissen Säulen durchführte.

„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“

Ich werde — nie — mehr — seiner Güte lauschen — — —  
nun alles ist —  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“

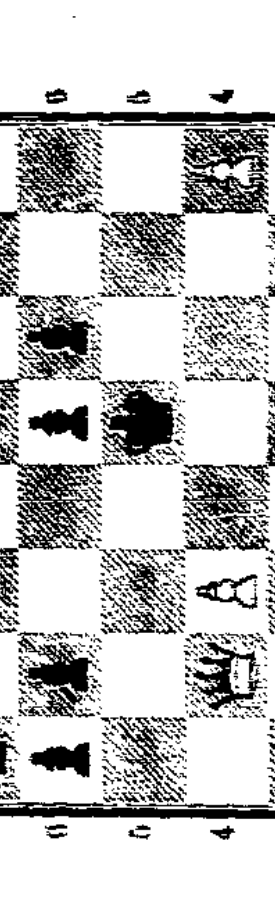
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“  
„Gib mir treuer dich her, wie vor einem Jahre.“

Temperatur und Feuchtigkeit. Die hohe Bedeutung der Temperatur bei der Schmelzung...

Humor und Satire. Humor spielen Sie beim immer so lange...

Unsre Bilder. Ein Heidekap, ein weisses Gesicht, und das Wunder ist geschehen...

Problem 3. Schach. (Original) Schach.



Lösung des Problems 2. Schach. Was dem allwissenden Spieltheoretiker an Veranstaltung 1911...

Partie 4. Spanische Partie. Was dem allwissenden Spieltheoretiker an Veranstaltung 1911...

Partie 5. Italienische Partie. Was dem allwissenden Spieltheoretiker an Veranstaltung 1911...

Unterhaltungsbeilage zur Volksstunde

Nr. 18 Magdeburg, Donnerstag den 22. Januar 1914

Das tägliche Brot.

Roman von G. Hiesig. (47. Fortsetzung.) So sah denn Mine jetzt in ihrer Wohnung und ließ sich...

Die beiden Freundinnen waren allein in der Stube, Artur war auf Mynes Bitten gegangen, um sich rasieren und...

Mine sah regungslos, während Verta ihr mit der Weinschere auf dem Kopfe herum arbeitete und dabei in...

Verta schaute auf den Mann, der sich rasieren wollte, und dachte an die Zeit, als sie noch ein junges Mädchen war...

Verta schaute auf den Mann, der sich rasieren wollte, und dachte an die Zeit, als sie noch ein junges Mädchen war...

Verta schaute auf den Mann, der sich rasieren wollte, und dachte an die Zeit, als sie noch ein junges Mädchen war...

Verta schaute auf den Mann, der sich rasieren wollte, und dachte an die Zeit, als sie noch ein junges Mädchen war...

Verta schaute auf den Mann, der sich rasieren wollte, und dachte an die Zeit, als sie noch ein junges Mädchen war...

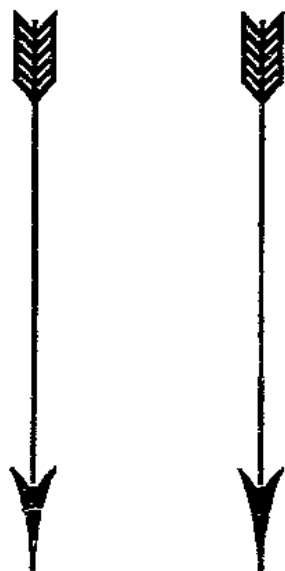


# Lang & Münzer

Breiteweg 51, 51a, 52, Alter Markt 1 u. 2  
Haltestelle fast sämtlicher Straßenbahnlinien.

Die  
**Restbestände**

aus unserm



**Inventur-  
Verkauf**

kommen, zum Teil noch-  
mals im Preise reduziert,  
zum Verkauf!

**Nur soweit Vorrat!**

**Farbige Besätze** in vielen Farben u. Breiten **3** Pf.  
jetzt Restbestände  
Meter 20 15 10 5 und

Ein Posten

**Damen-Korsetts**

jetzt **95** Pf.

Ein Posten

**Damen-Taschen**

Leder imitiert  
jetzt **45** Pf.

Ein Posten  
**Trikotrümpfe**  
farbig  
jetzt **98** Pf.

Ein Posten  
**Stickerei-Unterrock-  
Volants**  
Stück 2 1/4 Meter  
jetzt **90** Pf.

Ein Posten  
farbige  
**Sofakissen**  
jetzt **95** und **50** Pf.

Ein Posten  
Schweizer  
**Taschentücher**  
mit ge-  
stickt. Buchstaben  
1/3 Dtzd. im Karton jetzt **1** 25 Pf.

Ein Posten  
**Rock-Volants**  
farbig  
jetzt **98** Pf.

Ein Posten  
schwarze  
**Samtgummigürtel**  
mit  
Metallschliessen  
jetzt **22** Pf.

**Rest-  
bestände Einsätze** Valenciennes, Cluny, Tüll, Spachtel usw.  
weiß, creme, beur usw. **2** Pf.  
Meter jetzt 30 18 12 8 4 und

Leser und Leserrinnen, deckt alle eure Einkäufe nur in den Geschäften, die in der „Volksstimme“ inserieren!

**Anzüge, Westen, Paletots**  
(auch Gehrockanzüge)  
im Abonnement getragene, gut er-  
haltene Qualitäten, jetzt vorrätig.  
**J. Büscher**  
119 Kaiserstr. 23, Hof rechts.

**Pelzboas**  
große Posten, spottbillig, zum Aus-  
suchen, schon von 3 Mk. an, alle  
fast für die Hälfte des fröh. Wertes  
**K. Oleyko**  
Beaumontstraße 11, II.

Eine gut erhaltene  
**nußb. Wirtschaft**  
bestehend aus:  
Ecke, Kamin und  
Küche, für 350 Mark zu  
verkaufen, als:  
Nußb. Kleiderständer mit  
geich. Füllung, 1 Vertikal  
mit schönem Spiegelst. u.  
geich. Füllung, 1 Sofa mit  
mit Stg., 4 Stühle, 1 Sofa  
mit Kissenbezug und  
Panzertisch, 1 Hirtischchen,  
1 Erumeau mit Stuhl, 2  
Beistellen mit Matrassen,  
1 Handtuchhalter, 1 Stuhl;  
1 mod., buntfarb. Küche:  
1 Buffet, 1 Anrichtentisch,  
1 Tisch, 2 Stühle, 1 Keller,  
Gardinenhaken, Fußbank  
und 2 Silber.

**Friedrich Lorenz**  
Beterstraße 17 36  
— Wilschbühlung. —

**Teilzahlung gestattet!**  
Gegründet 1874 — Prämiert Silberne Medaille.  
**Hermann Möller** W.-Budau, Schöne-  
becker Straße 107a.  
Erste u. älteste Uhren- u. Sprechmaschinen-Zentrale.  
Nebenwahl in  
**Grammophonen**  
mit und ohne Trichter, nur  
bestes Fabrikat beste Aus-  
wahl in Blatten, neuere Stücke  
von 1.25 Mk. an. Reparatur-  
werkstatt.  
Großes Lager 99  
Uhren, Goldwaren,  
elektrische Schwachstrom-  
Artikel, Optik.  
— Alle Musikwerke werden in Zahlung genommen. —

**Moderne Gold- und Silberwaren**  
Hochzeits-, Verlobungsgeschenke

**Verlobungsringe sehr preiswert!**  
535 gef. 555 gef. 750 gef.  
Paar ca. 15.00 Paar ca. 30.00 Paar ca. 40.00—45.00

**Otto Rossi** Nachfolger Erwin Fritsch  
Magdeburg, Große Münzstraße 1a  
via à-vis Steigerw. & Kaiser.  
Eigene Reparaturwerkstatt. Kauf von alt. Gold u. Silber.

**H. Steinhilber u. Buchwaren**  
Komie jeden Morgen warmes  
Pökelfleisch u. Knoblauchwurst.  
**Otto Eisecke**, R.-Friedrich-  
str. 1b. 81 empfiehlt Buchhandl. Volksstimme.

**3/4 Alter Markt 3/4**  
— In meiner neueröffneten Verkaufsstelle —  
von heute Mittwoch bis Freitag abend  
**3 billige Ausnahmetage in feinst. Tafelkäse**  
**Prima vollfetter Silfiter** . . . . . statt 1.00 nur **75** Pf. } 5 Prozent  
**Fein buttriger echter Edamer** . . . . . statt 1.20 nur **98** Pf. } Rabatt!  
**A. G. Völker** Butter-Groß-  
handlung  
11 Verkaufsstellen.  
NB. Beide Qualitäten sind wirtl. ganz hervorragend, so daß sich der Einkauf eines größeren Quantums davon empfiehlt.  
**3/4 Alter Markt 3/4**

Magdeburger Angelegenheiten

Magdeburg, 21. Januar 1914.

Arbeitslosen-Heerschau.

Zum Mittwoch vormittag hatte das Gewerkschaftskartell die Arbeitslosen Magdeburgs zu einer öffentlichen Versammlung nach dem "Luisenpark" eingeladen.

Genosse Brandes, der das Mejerat übernommen hatte, kritisierte eingangs seiner Ausführungen die Rückständigkeit des Deutschen Reiches auf sozialem Gebiet.

Was würden heute in Staat und Gesellschaft für Zustände herrschen, wenn die kulturfördernde Tätigkeit der Gewerkschaften nicht vorhanden wäre.

Rebner ging dann auf die verschiedenen Systeme ein, die bisher für die Arbeitslosenversicherung bereits in verschiedenen Städten in Geltung sind.

Genosse Bernick betonte, daß der Magistrat von dem Gewerkschaftskartell immer zeitig genug unterrichtet gemacht worden sei.

Ein Arbeitsloser regte an, in der Resolution auch anzudeuten, daß den Arbeitslosen zum wenigsten Kohlen gegeben werden.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Folgende Resolution, die auch den Stadtbürgern und dem Magistrat zugestimmt werden soll, fand einstimmige Annahme.

Die heute am 21. Januar 1914 im "Luisenpark" zu Magdeburg abgehaltene von circa 1900 Arbeitslosen besuchte Versammlung

besonders wird das abstoßende Verhalten des Magistrats bemerkt, welcher sich von die Forderung für die Arbeitslosen mittels einer bürokratischen Verwaltungsverfahren heranzustellen will.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeitslosen zeigt hier jedoch, daß auch bei der schließlichen Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

die Entwicklung und der Umfang der in Deutschland bestehenden Volksversicherungen, die Höhe der Verwaltungskosten, die Erträge der privaten Gesellschaften für ihre Aktionäre und Aufsichtsräte und die ungeheuren Zahlen des verunglückten Verfalls von Versicherungen dem Leser vor Augen geführt werden.

Städtische Haushaltpläne. Der Magistrat hat den Stadtbekleidungsamt die Anzahl von Einzelhaushaltplänen zugehen lassen, über deren Einzigkeit folgendes zu berichten ist: Armenkassa Ausgabe der Armenverwaltung 1124323 Mark.

In der Berichtung der Firma Göders u. Co. enthält das Gutachten des Schneiderverbandes, mitgeteilt daß in der Tat Differenzen vorliegen was schon daraus hervorgeht, daß der Lohnbesatz der zu der Firma hinfestgestellt worden ist und mit ihr unterhandelt hat.

Verrein für Feuerbestattung. Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten sind den einzelnen Polizeidivisionen Formulare zur mündlichen Erklärung betr. Feuerbestattung zugehört worden.

In dem Einbruch in einem Uhrladen in der Jakobstraße. Bei dem in der Nacht zum 20. d. M. in einem Uhrladen in der Jakobstraße ausgeführten Einbruchdiebstahl wurden gestohlen: 95 goldene Damenuhren, 18 goldene Herrenuhren, 9 goldene Armbänder.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Genosse Bernick sprach sich für eine Reihe geplanter besonderer Forderungen wie Verkürzung des Stundenlohns, Verzinsung der Sühngeld etc.

Pc. Berlin, 21. Januar. Wie es heißt, soll der Abgeordnete Erzberger sich in den nächsten Tagen im Rahmen der Staatsdebatte im Namen des Zentrums mit den Meinungen des Preuentags am 18. Januar beschäftigen und für seine Partei eine scharfe Erklärung gegen die Erklärung des Preuentags abgeben.

Pc. München, 21. Januar. Gegen die Ueberhebungen des Preuentags werden in ganz Bayern große Protestversammlungen stattfinden.

Mb. München, 21. Januar. Die "Bayrische Staatszeitung" veröffentlicht einen von Generalmajor v. Kracht ihr zugegangenen Brief, der im wesentlichen denselben Inhalt hat wie der von der "Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichte Brief an den preußischen Kriegsminister.

Spb. Dresden, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht der "Vollstimme".) Bei 23 Firmen der Tabak- und Zigarettengewerbe haben heute vormittag Ausstellungen statt, die sich bei der Firma Jasmah (A.-G.) durch 10 Stunden ausdehnten.

Pc. Salsitz, 21. Januar. Ein schwerer Gerüststurz ereignete sich beim Bau des neuen Hochovens auf der Eisenerzgrube. Durch Nachgeben der eisernen Klammern stürzte ein Gerüst mit fünf Montagearbeitern, die mit dem Montieren des eisernen Hochofengerüsts beschäftigt waren, aus einer Höhe von etwa 8 Metern ab.

Pc. Stuttgart, 21. Januar. Der "Staatsanzeiger" schreibt: Die Bestimmungen über die Verwendung von Militär bei innern Unruhen sind im Reich keine einheitlichen, in Württemberg dürfen Eingriffe des Militärs nur nach vorheriger Aufforderung der zuständigen Zivilbehörden erfolgen.

Paris, 21. Januar. Genosse Francois Breffesse ist gestern im Alter von 60 Jahren gestorben. Die internationale Sozialdemokratie verliert in ihm einen bedeutenden Führer und die französisch-deutsche Annäherung einen berechneten Anwalt und Bestürmter.

Pc. Saratov, 20. Januar. Schreckliche Zustände wurden gelegentlich einer Gerichtsverhandlung in der Abteilung des höchsten Gefängnisses für politische Gefangene ausgedeutet gebracht. Eine Anzahl wegen politischer Umtriebe verurteilter Personen, die wegen Hungerstreiks vor Gericht standen, sagten aus, daß sie diesen Hungerstreik nur vorgeplaciert hätten, um in andere Zellen übergeführt zu werden.

Mb. Kopenhagen, 21. Januar. Die Methodistenkirche in Regensgade wurde in der vergangenen Nacht durch eine heftige Feuerbrunst vollständig zerstört. Kurz vor 4 Uhr fing die brennende Turm mit lautem Getöse in das Klammern.

Pc. Moskau, 21. Januar. Die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, die wegen Verdachts politischer Umtriebe vorgenommen wurden, mehrten sich in der letzten Zeit sehr stark. Amantoff unter den Mitgliedern der Gewerkschaften und Arbeitervereine wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Mb. Lissabon, 21. Januar. Die Polizei umzingelte das Gebäude der Bahngestellten-Organisation und nahm 200 Personen fest. 400 Personen flüchteten. Der Polizeipräsident dementiert das Gerücht eines Generalstreiks und fügt hinzu, daß die Züge dem nächst wieder vollständig verkehren werden.

Mb. Kearsy, 21. Januar. Nach einem Telegramm der "New York Tribune" aus El Paso (Texas) herrscht im Staat Texas eine große Hungersnot. Viele Hunderte erliegen täglich den Entbehrungen.

Pc. Kienpoch, 21. Januar. Hier eingelaufene Telegramme aus Haiti bezeugen, daß die Regierungstruppen von den Rebellen in einer großen Schlacht in der Nähe der Stadt Gaiti vollkommen geschlagen worden sind und sich in zügelloser Flucht befinden.

Mb. Neworsffjäl, 21. Januar. Infolge ununterbrochener Regen sind die Bergströme über die Ufer getreten und haben im Gouvernement abermals Verheerungen angerichtet. Auch Verurtheile an Reichensleben sind zu beklagen. Auf dem Meere herrscht Sturm.

Mb. Kretaria, 21. Januar. Zum erstenmal seit dem Ausbruch der jahrelangwährende Eisenbahndienst wieder aufgenommen werden. Vier Arbeiterführer, darunter ein Mitglied des Landesparlaments, sind gegen Bürgerschaft freigelassen worden.

Mb. Iken, 20. Januar. Der Oberst und ein eingeborener Offizier des indischen 109. Infanterie-Regiments, das gegenwärtig hier stationiert ist, sind heute von einem eingeborenen Soldaten, der zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden war, erschossen worden.

Wettervorhersage.

Freitag, den 22. Januar: Hochdruck, trübe, gelinder, häufige geringe Nebelzüge.

Letzte Nachrichten.

Pc. Berlin, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht der "Vollstimme".) Die Wahlprüfungskommission des Reichstags schloß heute die Wahl des Konservativen von Galem mit 5 gegen 4 Stimmen für ungültig, weil wiederum schwere Verträge gegen das Gesetz verstoßen seien.

Spb. Berlin, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht der "Vollstimme".) Im Kapellengebäude unter der 23. im "Krieg", daß der Reichsminister und der Reichsminister im Reichstag die Angelegenheit der Preuentags auf dem Wege parlamentarischer Verfahren. Die parlamentarische Kapellengebäude unter der 23. im "Krieg", daß der Reichsminister und der Reichsminister im Reichstag die Angelegenheit der Preuentags auf dem Wege parlamentarischer Verfahren.